

Reale Bildung

in Rheinland-Pfalz



Verband Deutscher Realschullehrer
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Ausgabe 4/2012

Inklusion. Ein Wort – viele Schicksale



Foto: dpa Picture-Alliance GmbH

Gewinnen Sie
1 von 5 DVDs
von Dr. Michael
Winterhoff

VDR und LEB: gemeinsam gegen Erziehungsdefizite
KMK-Studie im Primarbereich: Rheinland-Pfalz nur Mittelmaß
VDR und dbb: gemeinsam gegen „5x1%“-Besoldung
Interview mit Kinderpsychiater Dr. Michael Winterhoff

Liebe Leserinnen und Leser,



© Lorch Fotostudio

haben Sie auch den Eindruck, dass die öffentliche Debatte über den *einen* Begriff „Inklusion“ eine Eigendynamik entwickelt hat, die mehr und mehr droht, den Bezug zur Realität zu verlieren und nur noch um sich selbst kreist?

Unser Titelbild (die Aufnahme ist am 13. September 2012 anlässlich eines von der designierten Ministerpräsidentin Dreyer initiierten „Inklusion-Flashmobs“ entstanden) veranschaulicht eindrucksvoll eine Tendenz:

Von Inklusion wird – außerhalb der Schule – ein in leuchtenden Farben gehaltenes Bild gezeichnet. In der Titelgeschichte „Inklusion. Ein Wort – viele Schicksale“ gehen wir dem Thema auf den Grund.

Mit seiner Erziehungsinitiative hat der VDR das öffentliche Problembewusstsein dafür geschärft, dass Unterrichtstörungen mehr und mehr den Schulalltag belasten. Nur die Missstände zu benennen ist sowohl dem VDR als auch dem Landeselternbeirat (LEB) nicht genug. In dieser Ausgabe erfahren Sie, was VDR und LEB gemeinsam für notwendig erachten, damit die Erziehungsdefizite einzelner nicht den Lernerfolg aller Schülerinnen und Schüler erschweren.

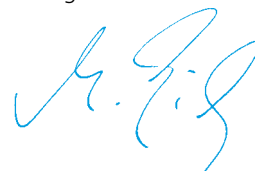
In der Bildungspolitik sollte ein Grundsatz gelten: Bewahren und Erneuern muss sich die Waage halten. Senkt sich die Waagschale zu sehr in Richtung „Bewahren“, ist lähmender Stillstand die Folge. Lesen Sie in diesem Heft, warum die Landesregierung sich dennoch die Frage gefallen lassen muss, ob sie im Grundschulbereich nicht zu viel „Bewährtes“ geopfert hat.

Von den rheinland-pfälzischen Lehrkräften wird immer mehr Leistung erwartet, gleichzeitig kürzt die Landesregierung durch die sogenannte „5x1%-Deckelung“ de facto die Beamtengehälter. Das verstößt gegen das Alimentsprinzip, und darum gehen VDR und dbb gemeinsam dagegen vor. Was Sie diesbezüglich noch in diesem Jahr tun sollten, erfahren Sie ebenfalls in dieser Ausgabe.

Im zweiten Teil unseres Interviews mit Dr. Michael Winterhoff können Sie u. a. nachlesen, warum bestimmte Schüler keine Konfliktzusammenhänge mehr erkennen können und warum es diesbezüglich Grenzen der schulischen Einflussnahme gibt. Sie haben zudem die Chance, eine von fünf DVDs von Dr. Winterhoff zu gewinnen.

Im Namen der Redaktion von „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ wünsche ich Ihnen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start in ein hoffentlich gutes Jahr 2013.

Herzlichst, Ihr



Impressum

Herausgeber

VDR Verband Deutscher
Realschullehrer
Landesverband
Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Bernd Karst
Grolsheimer Weg 5
55411 Bingen
Tel: 0 67 21 / 99 49 99
karst.bernd@vdr-rlp.de

Zentrale Mitgliederkartei und Inkasso

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12 / 965 73 31
landeskassierer@vdr-rlp.de

Redaktion

Michael Eich
Trifelsstraße 1a
76751 Jockgrim
Tel: 0 72 71 / 12 92 74
eich.michael@vdr-rlp.de

Layout

Daniela Boudgoust
www.bizzdesign.de

Auflage

5.000 Stück

Druck

flyeralarm GmbH Würzburg

Bilder

www.fotolia.de, soweit nicht
anders gekennzeichnet

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Michael Eich (eich.michael@vdr-rlp.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Januar 2012.

Über Soziale Gerechtigkeit muss neu verhandelt werden

Unter der Überschrift „Schäuble im Steuerparadies“ berichtet die Allgemeine Zeitung vom 23. Oktober 2012 über Rekordsteuereinnahmen von Bund und Ländern. Aus dem Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums gehe hervor, dass Bund und Länder ein Einnahmeplus von 4,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat verbuchen. Der Fiskus profitiere dabei von den Lohnerhöhungen bei anhaltend guter Beschäftigung sowie von der guten Konjunktur und höheren Firmengewinnen. Soweit die „Lage zur Nation“.

Besoldungserhöhung unterhalb der Inflationsrate

Wer seine Bezügemitteilungen der Oberfinanzdirektion fleißig gesammelt hat, sollte es momentan tunlichst vermeiden, in dem entsprechenden Ordner zu blättern. Ein rückblickender Vergleich über Jahre hinweg würde nur den eigenen Frust verstärken. Tatsache ist: Die Beamtengehälter stagnieren nominal und sinken real. Das ist mit Hinweis auf die so genannte „Schuldenbremse“ politisch so gewollt. Eine mittelfristige Gegensteuerung ist derzeit nicht erkennbar.

Im Gegenteil: Die Landesregierung hat den Landesbeamten eine jährliche Mini-Besoldungserhöhung von einem Prozent diktiert. Hier fehlt jeglicher Realitätsbezug, nicht zuletzt deshalb, weil Wirtschaftsdaten selbst mittelfristig nicht verlässlich prognostiziert werden können.

Ärzte, Angestellte und Müllmänner gehen auf die Straße. Beamte hingegen haben kein Streikrecht. Manche fordern es ein in der Erwartung, es führe zu einer höheren „Lohngerechtigkeit“. Der Blick auf die Situation der tarifbeschäftigten Lehrkräfte genügt – neben anderen Argumenten –, sich von dieser Vorstellung recht schnell zu distanzieren. Andere, rechtmäßige Mittel stehen zur Verfügung.

Der Warnappell an die Landesregierung mit dem Hinweis auf die durch ein Ungerechtigkeitsempfinden bedingte Unzufriedenheit der Lehrkräfte und die daraus resultierenden Negativwirkungen für Unterricht und Schule reichte bislang nicht aus, um ein Umdenken der Politiker hinsichtlich der Beamtenbesoldung auszulösen. So wird die vom dbb-Rheinland-Pfalz veranlasste gerichtliche Prüfung

darüber Aufschluss geben, ob eine unterhalb der Inflationsrate vorgesehene Beamtenbesoldung überhaupt noch dem Alimentationsprinzip entspricht.

Verhandeln oder klagen?

Um Besoldungsgerechtigkeit geht es auch hinsichtlich der unterschiedlichen Bezahlung von Lehrkräften innerhalb und zwischen den Schularten. Die allgemeine Befürchtung unter den betroffenen Lehrkräften, dass ein diesbezüglicher Klageweg mehr schadet als nutzt, ist berechtigt. Zum einen muss von einem sehr langwierigen Rechtsweg ausgegangen werden, zum anderen sind die Verhandlungsmöglichkeiten nach einem ablehnenden Urteil gleich Null, weil – dann auch juristisch – der Status Quo besiegelt sein wird. Im Unterschied zur Klage des dbb würde hier im Falle eines höchstrichterlichen Urteils ein dauerhaft verbindlicher Rechtsrahmen geschaffen, der auf lange Sicht, also weit über fünf „Minibesoldungsjahre“ hinaus, Politikern als willkommene Argumentation dienen könnte.

Neben rechtlichen und politischen Handlungsspielräumen dürfen pragmatische und realistische Wege nicht ganz aus dem Blick geraten. Zum Beispiel die Höhergruppierung durch Erfahrungsnachweise und Leistungsanreize. Danach könnten ältere Kolleginnen und Kollegen noch „rechtzeitig“ nach A 13 eingruppiert werden. Parallel dazu müssten geeignete Angebote den sukzessiven Aufstieg jüngerer Kolleginnen und Kollegen gewährleisten.

Die „Schuldenbremse“ darf nicht die Suche nach gerechten Lösungen verhindern

In diesem Zusammenhang sei an das „Eckpunktepapier zur Dienstrechtsreform“ erinnert, das die Landesregierung am 10. November 2009 vorstellte. Danach sollte ab dem Jahr 2012 „Grund-, Haupt- und Realschullehrerinnen und -lehrern die Möglichkeit geboten werden, auf der Grundlage der Bestenauslese Einkommensverbesserungen durch eine Beförderung zu erzielen, ohne dass insoweit ein Funktionsamt zusätzlich wahrgenommen werden muss.“

Die Beförderungquote von A12 nach A12 plus Zulage bzw. von A13 auf A13 plus Zulage sollte zunächst zehn Prozent betragen. Der VDR begrüßte



die mit der Dienstrechtsreform verbundene Schaffung zusätzlicher Beförderungsämter im Schulbereich: „Dadurch wird einer seit Jahren erhobenen VDR-Forderung nach Aufstiegsmöglichkeiten im Ansatz entsprochen.“ Die Verärgerung war groß, als das „Eckpunktepapier“ vorgeblich der so genannten Schuldenbremse zum Opfer fiel.

Der „Schuldenbremse“ wird vieles geopfert. Hoffentlich nicht auch die Motivation der Lehrkräfte, die die Strukturreform – nolens volens – mit großem Engagement umsetzen. Bei der Suche nach gerechten Lösungen darf es keine „Zwangsjacke“ geben.

Weitere Gesichtspunkte

Soziale Gerechtigkeit spiegelt sich in vielen schulischen Bereichen wider – oder auch nicht. Besoldung ist ein Kriterium. Die Bandbreite ist bekanntlich noch viel größer. Klassengrößen, Schulgrößen, Heterogenität der Schülerschaft, Arbeitsbedingungen, Unterrichtsdeputate, Anrechnungstunden. Kurzum: die vielfältigen Anforderungen des schwieriger gewordenen Schulalltags sind ebenso wichtige Gesichtspunkte, die nicht aus dem Blick geraten dürfen. Auch über diese muss nachdrücklich und neu verhandelt werden. Das tun wir.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2013!

*Jhr
Bernd Kamm*

Inhalt der Ausgabe 4/2012

Titelthema

Inklusion – Ein Wort, viele Schicksale 5

Bildungspolitik

Pinnwand 10

Landeselterntag in Bad Neuenahr-Ahrweiler 11

Schulleiterin „wirft das Handtuch“ 11



Seite 12

VDR-Erziehungsoffensive:

Schulschwänzer – isolieren sich und vereinsamen 12

OECD-Indikatoren: Bildung auf einen Blick 13

VDR-Verbandsarbeit

Pinnwand 14

Im Gespräch: Dr. Volker Wissing (FDP) 14

VDR und LEB: Gemeinsam gegen Erziehungsdefizite 15

Mehr Sozialarbeit für Schulen gefordert 15

Im Gespräch: CDU-Fraktion 16

VDR – Wir machen Sie fit für die Personalratswahlen 2013... 16

Bernd Karst 60: Schule baut Brücken 17

Schule in RLP

Pinnwand 22

Schulabgänger von Integrierten Gesamtschulen 2011 22

Versorgungsdefizite an den Schulen der SI 22

Duale Studiengänge: Verbindung von Theorie und Praxis zunehmend beliebter 23

Ländervergleichsstudie Primatbereich: Rheinland-Pfalz unteres Mittelmaß 24

Schule und Recht

Fundsache VDR-Handbuch: Teilzeitbeschäftigung als Selbstverständlichkeit 25

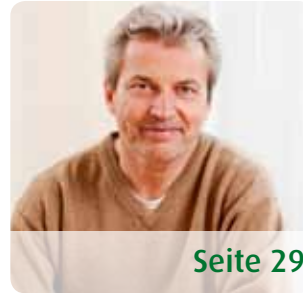
„Mehr Reform = weniger Gehalt“ 26

VDR und dbb gehen gegen die „5 x 1 %“-Besoldungsregelung vor 27

Beruf Lehrer

Pinnwand 28

Emnid-Elternumfrage: Gerechte und engagierte Lehrer 28



Dr. Michael Winterhoff:

Zweiter Teil des Interviews „Tyrannen müssen nicht sein“ 29

Seite 29

MINT gewinnt 32

Lehrerbildung

Leserbriefe: Wer an Lehrerstellen spart, spart an den Zukunftschancen unserer Kinder 33

Unterrichten Pädagogik, Didaktik und Methodik

Pinnwand 34

Reiss-Engelhorn-Museen Mannheim mit neuen Impulsen ... 34

Machen wir es Jugendlichen schwer, wenn wir es ihnen leicht machen? 35

Grenzen von Kompetenzen 36

VDR-Bezirke

VDR-Personalrätefortbildung Neustadt: Dienstrecht und Lehrgesundheit 37

VDR-Personalrätefortbildung Koblenz und Trier: Dienstrecht und Personalaktenrecht 38

Kurz notiert: Termine, Service und Internes

Geburtstagswünsche 39

Nachrufe 40

VDR-Beitrittserklärung 41

KlarText!

Die Kolumne 42



► TITELTHEMA RBIRP

Inklusion – Ein Wort, viele Schicksale

Das Thema Inklusion ist komplex, auch weil die Interessenlagen dazu kaum überschaubar sind. Wenn es um Kinder geht, die es schwer haben in unserer Gesellschaft, verbieten sich vereinfachende Botschaften und Zuspitzungen. Das heißt aber nicht, dass Schwierigkeiten, Ressourcenengpässe und Grenzen nicht benannt werden dürfen. Der VDR macht es sich nicht einfach, warnt vor den schwerwiegenden Folgen unzureichender Rahmenbedingungen und sieht über die Schiefelage von Anspruch und Wirklichkeit in Sachen Inklusion in Rheinland-Pfalz nicht einfach hinweg.



Foto: dpa Picture-Alliance GmbH

Inklusion – Streit um die Begriffshoheit

Wie so oft, wenn um Bildung, Erziehung und Schule gestritten wird, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass auch bei dem Für und Wider um Inklusion nicht nur die Zukunftschancen von Kindern im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen. Es dominiert das Ringen um die Begriffs- und Deutungshoheit. Das ist von der Realität der Schwerpunktschulen losgelöst und wenig hilfreich.

Vor allem die Verfechter der „reinen Inklusionslehre“ trachten im öffentlichen Diskurs danach, apodiktisch zu bestimmen, was unter Inklusion verstanden werden darf und wie die UN-Behindertenrechtskonvention auszulegen ist.

Es gibt Organisationen, die sogar Elternrechte unter einen Vorbehalt stellen. Das

verdeutlicht der Auszug aus einem Eckpunkte-Papier der Monitoring-Stelle des Deutschen Instituts für Menschenrechte (Siehe Kasten auf Seite 7). Es ist bedenklich, wenn der Eindruck entsteht, dass das Elternwahlrecht nur Mittel zum Zweck ist – eine solche instrumentelle Sichtweise wird weder den betroffenen Kindern und Eltern noch dem Geist der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht.

Der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung ist – gerade bei unzureichender personeller, räumlicher und sächlicher Ausstattung – eine enorme Herausforderung und kann in eine für alle Beteiligten belastende Überforderung abgleiten.

Wenn Eltern darum für sich zu dem Schluss kommen, dass ihr Kind an einer



Maßstab muss das Wohl unserer Kinder sein.

Förderschule besser aufgehoben ist, dann sollte man dieser Entscheidung mit Respekt begegnen.

Überhöhung des Inklusionsbegriffs

Maßstab muss das Wohl unserer Kinder sein, und deshalb sollte das derzeit Machbare im Blick behalten werden – auch um Erwartungen zu vermeiden, die nicht erfüllbar sind. Vielen an der Inklusionsdebatte beteiligten Akteuren fehlt es an Sensibilität für das, was Schwerpunktschulen unter den gegebenen Rahmenbedingungen zu leisten im Stande sind.

Stattdessen zeigt sich die gefährliche Tendenz, Inklusion mittels abstrakter „Wohlfühlformulierungen“ normativ ins Unerreichbare zu überhöhen. „Der Reichtum geht von den Kindern aus“, heißt es da zum Beispiel (vgl. Seitz 2012, S. 44), die Lehrerinnen und Lehrer müssten darum eine „Pädagogik der Vielfalt, die allen SchülerInnen gerecht wird“ (BRK-Allianz 2012, S. 12) beherzigen, dann könnte der „Zaubertrank Inklusion“ (Preuss-Lausitz 2012, S. 45) auch wirken. Wer will allem schon widersprechen?

Bedauerlicherweise bleibt weitgehend unbeantwortet, wie das konkret an einer „normal“ ausgestatteten Regelschule umgesetzt werden kann, die eben nicht über die Ausstattung einer Labor- oder Modellschule verfügt.

Wer nicht ohne Wenn und Aber für die von diesen Akteuren propagierte Formel „Inklusion = eine Schule für alle“ streitet, wird zudem verdächtigt, ein Besitzstandswahrer und Protagonist des Aussonderns zu sein (vgl. Preuss-Lausitz 2012, S. 41). Als solcher propagiere man die „Einheitsnorm“ (Reich 2012, S. 7) und sei für „Gleichschritt“ (Seitz 2012, S. 44) und „Separierung“ (Geist/Schnack 2012, S. 40).

Die unterschwellige Botschaft ist: Wer diese Ansichten nicht teilt, ist gegen Inklusion, gegen die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft und damit kein guter Pädagoge.

Verantwortung liegt nicht allein bei den Schulen

Die Herausforderungen, die mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einhergehen, können – von der

Verantwortung der Politik für gute Rahmenbedingungen einmal ganz abgesehen – nur bewältigt werden, wenn sich alle Beteiligten mit gegenseitigem Vertrauen und wechselseitigem Verständnis begegnen.

Und das wird durch Aussagen wie die nachfolgende erschüttert: „Kennzeichnend für inklusive Qualität in Schule und Unterricht ist die selbstverständliche Übernahme von Verantwortung für das erfolgreiche Lernen und die soziale Zugehörigkeit aller Kinder einer Lerngruppe, denn Inklusion heißt Abschied zu nehmen von der Aussonderung einzelner Kinder.“ (Seitz 2012, S. 44). Warum sollte man sich an diesem Zitat stören? Das liest sich doch gut ... und das ist das Problem: Hier wird der Anschein vermittelt, die erfolgreiche Integration behinderter Kinder hänge allein vom guten Willen der aufnehmenden Schule bzw. deren Lehrerschaft ab, und zwar unabhängig davon, mit welchen Problemen Kinder beladen sind und welche schulischen Rahmenbedingungen seitens der Landespolitik gegeben sind.

Gerade Schulen in großen Städten, deren Schülerinnen und Schüler aus Bezirken kommen, wo sich soziale Probleme konzentrieren, können an diesem Anspruch, wenn sie damit alleine gelassen werden, nur scheitern. Das sind argumentative Steilvorlagen für diejenigen Landespolitiker, die meinen, Inklusion könne aufkommensneutral umgesetzt werden und sogar Einsparpotenziale zu Tage fördern.

Dass diese Einschätzung berechtigt ist, zeigen Auszüge aus der „Gemeinsamen NGO Einreichung“ der BRK-Allianz (siehe Kasten auf Seite 8).

Förderschulen sind nicht verzichtbar

Vor dem Hintergrund unzureichender Ressourcen und dem noch steigerungsfähigen politischen Willen, diese auch ausreichend zur Verfügung zu stellen, ist es nicht nachvollziehbar, dass einige Inklusionsverfechter mit freundlicher Unterstützung bestimmter Lehrgewerkschaften und -verbände Förderschulen entweder ganz oder aber zumindest solche mit bestimmten Schwerpunkten abschaffen wollen. Auch hier sind es indifferente Aussagen, mit denen Druck auf das Förderschulsystem und auch auf die Eltern behinderter Kinder ausgeübt wird.

Die „Förderschule ist eine Sackgasse“, lautete eine Schlagzeile, als die Bertelsmann-Stiftung basierend auf Zahlen von Prof. em. Dr. Klaus Klemm die Schlussfolgerung zog: „Der vermeintliche Schutzraum hat sich für viele als Isolationsfalle entpuppt“ und „75 Prozent der Förderschüler, die separat unterrichtet werden, erlangen nicht den Hauptschulabschluss“ (Pressemitteilung vom 23. März 2012). Abgesehen davon, dass gerade hierzulande eine gewisse Skepsis gegenüber Auftragsgutachten von Professor Klemm verbreitet sein dürfte, bleiben viele Fragen offen:

- Ist die Förderschule tatsächlich eine Sackgasse für die ihr anvertrauten Kinder?
- Geht es für die Kinder nach der Förderschule tatsächlich nicht weiter, wenn sie keine Berufsreife erlangt haben?
- Ist die Berufsreife tatsächlich für alle Kinder erreichbar?
- Sind die Regelschulen so ausgestattet, dass sie nicht zu Sackgassen für Kinder mit speziellem Förderbedarf werden?
- Sind die Schwerpunktschulen so aufgestellt, dass sie nicht ganz allgemein von der Öffentlichkeit als Sackgasse angesehen werden?
- Ist es augenblicklich gewährleistet, dass mehr als 25 Prozent besagter Kinder ihre Berufsreife in Regelschulen erzielen können?
- Besteht nicht die Gefahr, dass – gerade wegen begrenzter Ressourcen – die Berufsreife aufgeweicht und damit früher oder später als Abschluss infrage gestellt wird?

Diese und ähnliche Fragen gehen weitgehend unter. „Schafft die Förderschulen ab!“, das ist es, was in der Öffentlichkeit hängen bleibt. Ist es aber tatsächlich verantwortlich, bewährte Förderschulstrukturen abzuschaffen, ohne dass es tragbare Konzepte für eine weitreichende Inklusion gibt? Letztlich trägt der hier aufgebaute Druck zu einer massiven Verunsicherung der Eltern bei.

Inklusion in Rheinland-Pfalz – Anspruch und Wirklichkeit passen nicht

Wohin solcher Druck auf politischer Ebene führen kann, das kann man in

Rheinland-Pfalz beobachten: Obwohl die Schulstrukturreform noch nicht abgeschlossen werden konnte, glauben die Landesregierung sowie Bildungspolitikern der sie tragenden rot-grünen Landtagsfraktionen, „inklusive Schule“ ließe sich parallel möglichst schnell und geräuschlos umsetzen. „Das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern solle in Rheinland-Pfalz zum Normalfall werden. (...) Dafür müssten immer mehr Regelschulen nach dem Beispiel der bereits existierenden Schwerpunktschulen personell und räumlich in die Lage versetzt werden“, so ein Grünen-Abgeordneter (Die Rheinpfalz vom 23. Mai 2012: „Grüne: Möglichst viele Förderschüler in Regelschulen“). Die Mehrheit der existierenden Schwerpunktschulen ist für die zu leistenden Aufgaben aber eben nicht angemessen personell und räumlich ausgestattet. Sich auf ihre „Vorbildfunktion“ zu berufen ist vor diesem Hintergrund fragwürdig. Die personelle Ausstattung wird zudem schlechter, denn der „Lehrermarkt“ gibt die Menge an Förderschullehrkräften nicht her, die aufgrund des politisch gewollten Ausbaus der Schwerpunktschulen verfügbar sein müsste.

Das führt dazu, dass bestehende Teams aus Förder- und Regelschulkollegen nach kurzer Zeit wieder auseinandergerissen werden, um andernorts eine „Mindestversorgung“ abzudecken. Zudem sind bedenkliche Tendenzen vernehmbar, die Not zur Tugend zu erklären: Jeder Lehrer könne fördern, der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne speziellen Förderbedarfen bedürfe nicht zwingend der Unterstützung durch Förderschullehrkräfte ... das ist das falsche Signal.

Es fehlt offenkundig auch an einem Konzept für die Arbeit an Schwerpunktschulen: einen Orientierungsrahmen, wie „inklusive/integrativer Unterricht“ gelingen kann, gibt es nicht. Jede Schule muss selbst ihren Weg finden. Die unzureichenden Rahmenbedingungen erschweren die Arbeit zusätzlich: es fehlt an baulichen Voraussetzungen (z. B. Ruhe- und Differenzierungsräume), an praxistauglichen Fortbildungsangeboten, an Differenzierungsmaterialien, an Förderschullehrkräften, an Integrationshilfen usw.

Die in einigen Ländern vorgesehene Einführung des genannten Wahlrechts der Eltern, zwischen Regel- und Sonderbeschulung zu entscheiden, ist nur übergangsweise vertretbar: Sollte die Existenz eines Elternwahlrechts nachweislich den Aufbau eines inklusiven Bildungssystems verzögern oder untergraben, beispielsweise weil es die erforderliche Reorganisation von Kompetenzen und Ressourcen für das Regelschulsystem erschwert und in diesem Zuge das Sonderschulwesen stärkt, ist das Elternwahlrecht mit dem Gebot der progressiven Verwirklichung des Rechts auf inklusive Bildung nicht in Einklang zu bringen. (...) Das Recht auf Inklusion ist ein Recht der Person mit Behinderung. Die Eltern haben bei der Ausübung der elterlichen Sorge den Leitgedanken der Inklusion zu beachten und ggf. zu erklären, warum sie keine inklusiven Bildungsangebote wahrnehmen.

Deutsches Institut für Menschenrechte (2011): *Stellungnahme der Monitoringstelle. Eckpunkte zur Verwirklichung eines inklusiven Bildungssystems (Primarstufe und Sekundarstufen I und II). Empfehlungen an die Länder, die Kultusministerkonferenz (KMK) und den Bund.*

Die Regelschulen sind auf Inklusion kaum vorbereitet. Sie sind selten barrierefrei. (...) Die hierfür erforderlichen – insbesondere personellen – Ressourcen an Regelschulen sind unzureichend. Multiprofessionelle Teams, einschließlich sonderpädagogischer Lehrkräfte, sind an Regelschulen keinesfalls Standard. Konsequenterweise verpflichtende Fortbildungsprogramme zur Inklusion fehlen. Zunehmend wird derzeit versucht, schulische Inklusion kostensparend umzusetzen, indem bestehende Integrationsstandards unterschritten, die Integration schwerstbehinderter SchülerInnen zurückgefahren und „Leuchtturmschulen“ erheblich beschnitten werden.

BRK-Allianz (2012): Gemeinsame NGO Einreichung – UPR zur Bundesrepublik Deutschland, 16. Sitzung, Mai 2013. In der sogenannten BRK-Allianz haben sich insgesamt 78 Organisationen zusammengeschlossen, die im Wesentlichen das Spektrum der behindertenpolitisch arbeitenden Verbände in Deutschland repräsentieren.

Fraglich: Profitieren Kinder mit sozial-emotionalen Auffälligkeiten

Ernüchterung und Verunsicherung sind dementsprechend weit verbreitet, der Alltag wird von vielen Kindern, Eltern und Lehrkräften mehr und mehr als belastend erfahren.

Vor allem verhaltensauffällige Kinder, also solche mit sozial-emotionalen Schwierigkeiten bzw. Störungen, stellen (nicht nur) Schwerpunktschulen vor große Herausforderungen. Will man diesen Kindern gerecht werden, muss man ihnen sehr viel Aufmerksamkeit geben können – das ist angesichts großer Klassen wiederum Zeit, die für andere, eher introvertierte Kinder fehlt. Erschwerend kommt hinzu, dass Kinder mit sozial-emotionalen Auffälligkeiten in den Grundschulen immer seltener geprüft werden, d.h. die Kolleginnen und Kollegen wissen oft gar nicht, mit welchen Schwierigkeiten Kinder zu ihnen kommen, eine angemessene Vorbereitung ist kaum möglich.

Kurzum: Es wachsen die Zweifel, ob alle Kinder – nach augenblicklicher Lage – vom gemeinsamen Unterricht profitieren.

Die Landesregierung darf vor diesen Erfahrungen nicht die Augen verschließen. Es ist längst nicht erwiesen, ob der in Rheinland-Pfalz eingeschlagene Weg der richtige ist: „Bezeichnenderweise wird vor allem bei den verhaltensauffälligen Kindern der Eindruck erweckt, als könne man diese Gruppe ohne wesentlichen Mehraufwand gut in Regelklassen integrieren. Praktiker vor Ort, aber auch der internationale Forschungsstand widersprechen diesen Darstellungen zum Teil entschieden“, heißt es aus der Sonderpädagogik („Über Effekte und Nebenwirkungen herrscht Unklarheit“; FAZ, 8. November 2012).

Diese Befunde sind ernstzunehmen, sie decken sich mit den Erfahrungen vieler Kolleginnen und Kollegen. Es darf einfach nicht sein, dass die „hoch polarisierte Diskussion um Inklusion stärker von ideo-



Der VDR fordert: Verantwortung übernehmen

Der VDR erhebt mit seinem Forderungskatalog keinen Anspruch auf vollständige Abdeckung dessen, was benötigt wird, damit Inklusion im Interesse aller Kinder gelingen kann. Die Landesregierung muss aber ihrer Verantwortung gerecht werden, darf diese nicht einfach auf die Schulen abschieben und muss deshalb die nachfolgenden Voraussetzungen erfüllen:

Kinder, die bereits in der Grundschule mit Schwierigkeiten auffallen, sollten vor dem Übergang an eine Sekundarschule getestet werden, damit in ihrem Interesse die jeweils beste Förderung an der jeweils geeigneten Schule erfolgen kann.

- Es muss ein tragfähiges Konzept entwickelt werden, wie das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne speziellen Förderbedarf realisiert werden kann. Hier muss konzeptionelle Hilfe-

stellung mittels eines Orientierungsrahmens erfolgen.

- Die Schulen benötigen ausreichend Vorlaufzeit, um vorhandene Konzepte adaptieren zu können.
- Vor dem Start einer Schwerpunktschule muss die personelle „Grundausrüstung“ gesichert sein. Teams aus Förderschul- und Regelschulkollegen müssen bereits im Vorfeld zusammenarbeiten und Leitlinien entwickeln können. Da-

logischen Standpunkten denn von sachlicher Betrachtung empirischer Befunde“ geprägt ist (ebd.).

Fazit: Die Landesregierung steht in der Pflicht

Keine Frage, in den rheinland-pfälzischen Schwerpunktschulen haben sich viele engagierte Haupt-, Real-, Gymnasial- und Förderschulkollegen um die Kinder mit und ohne speziellen Förderbedarf im gemeinsamen Unterricht verdient gemacht. Es ist darum mehr als unfair, mahnende Stimmen abzukanzeln, indem man ihnen das Denken in „Einheitsnormen“ und mangelndes pädagogisches Engagement unterstellt. Es genügt seitens der Landesregierung nicht, sich ausschließlich rhetorisch in die Pflicht zu nehmen, den guten Worten müssen auch gute Taten folgen. Soll „inklusive Schule“ gelingen, müssen alle Kinder vom gemeinsamen Unterricht profitieren können. Die Behauptung, die Kinder stehen im Mittelpunkt, wirkt unglaubwürdig, solange die Politik bei ihren

Inklusionsvorhaben Fakten schafft und die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen faktisch versäumt (siehe VDR-Forderungen).

Das Wohl jedes einzelnen Kindes muss im Mittelpunkt stehen und das kann auch heißen, dass es für ein Kind das Beste ist, an einer Förderschule unterrichtet zu werden.



Michael Eich
eich.michael@vdr-rlp.de



Inklusion ernst nehmen: Für jedes Kind den individuell besten Weg zulassen.

Literaturangaben:

- Geist, Sabine/Schnack, Jochen** (2012): *Inklusion – Herausforderung und Chance. Zur Einführung einer Serie.* In: *Pädagogik*, Jg. 64, H. 9, S. 40.
- Preiss-Lausitz, Ulf** (2012): *Inklusion: Modewort oder Hoffnungsträger? Was ist neu an Inklusion und wie kann sie gelingen?* In: *Pädagogik*, Jg. 64, H. 9, S. 41ff.
- Reich, Kersten** (2012): *Inklusion und Bildungsgerechtigkeit. Standards und Regeln zur Umsetzung einer inklusiven Schule.* Beltz Verlag, Weinheim und Basel.
- Seitz, Simone** (2012): *Inklusive Didaktik. Der Reichtum geht von den Kindern aus.* In: *Pädagogik*, Jg. 64, H. 10, S. 44ff.

- für muss es ausreichend Entlastungsstunden geben.
- Förderschulkollegen sind keine „Springer“, die man je nach Bedarfslage von einer Schule zur anderen schicken kann. Im Sinne pädagogischer Kontinuität ist es unabdingbar, dass sich an Schwerpunktschulen belastbare personelle Strukturen etablieren können. Eingearbeitete Teams dürfen nicht wieder auseinandergerissen werden.
- Die Schulträger von Schwerpunktschulen müssen in die Lage versetzt werden, die erforderlichen baulichen Maßnahmen vor dem Start der Schwerpunktschule abzuschließen. Förder- und Schwerpunktschulen sind baulich vergleichbar auszustatten.
- Es müssen ausreichend Fortbildungsveranstaltungen angeboten werden, welche die Schwierigkeiten und Herausforderungen im Alltag einer Schwerpunktschule aufgreifen, ausreichend Orientierung leisten und praktisch anwendbares Handlungswissen vermitteln.
- Es muss gesichert sein, dass ausreichend Förderschullehrkräfte zur Verfügung stehen, bevor eine Schwerpunktschule eingerichtet wird. Die bestehende Förderschullehrerausbildung darf zudem nicht entprofessionalisiert werden.
- An jeder Schwerpunktschule muss eine Förderschullehrkraft mit Leitungsfunktion installiert werden, die u.a. auch die Kontakte zu außerschulischen Partnern koordiniert.
- Gegenüber den Integrationshelfern sollte die Schulleitung der Schwerpunktschule weisungsbefugt sein. Für die Qualifikation der Integrationshelfer sollen Mindeststandards definiert werden.
- Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, und darum sind alle Schularten in der Pflicht, Kinder mit bestimmten Förderbedarfen aufzunehmen, die mit der notwendigen Unterstützung durchaus dort unterrichtet werden können.

Pinnwand

VODAFONE-STUDIE: Aufstiegsangst?



Die Entscheidung zu studieren wird häufig von dem Bildungsniveau der Eltern beeinflusst, wie eine Studie der Vodafone-Stiftung kürzlich aufzeigte. Obwohl immer mehr Kinder bildungsferner Eltern das Ziel der Hochschulreife erreichen, wird diese Möglichkeit eher selten genutzt.

Dafür macht der Verfasser der Studie, Steffen Schindler vom Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, folgende Umstände verantwortlich: Erstens ist heute meist eine Hochschulreife nötig, um überhaupt die Chance auf einen vielversprechenden Ausbildungsplatz zu haben. Zweitens werden potenzielle Studenten von langen Studienzeiten, hohen Kosten und der Angst vor dem Versagen abgeschreckt.

Ihre Studienberechtigung erlangen über 50 Prozent der Kinder aus bildungsfernen Familien in Form einer Fachhochschulreife an berufsbildenden Einrichtungen wie Fachgymnasien oder Fachoberschulen.

wü/Quelle: www.vodafone-stiftung.de/pressenfoemodul/detail/184.html

ALLENSBACHER VORWERK-FAMILIENSTUDIE: Familienideal heute

Als Familienideal steht der Bevölkerung heute eine enge Solidargemeinschaft vor Augen, die auch in schwierigen Zeiten zusammenhält, in der sich jeder für den anderen mitverantwortlich fühlt, man viel gemeinsam unternimmt, offen und ehrlich miteinander umgeht, jeder abweichende Meinungen der anderen respektiert und den anderen auch genügend Freiräume lässt. Darüber besteht im Wesentlichen generationsüber-

greifend Konsens. Jüngere und Ältere unterscheiden sich bei ihren Vorstellungen von der idealen Familie lediglich insofern, als für 60-Jährige und Ältere Verheiratetsein und viele Kinder zu haben eher dazugehört und es für sie weniger selbstverständlich ist, dass in der Familie beide Partner berufstätig sind. Dass man in der Familie viel gemeinsam unternimmt oder die Festtage gemeinsam verbringt, zählt auch für sehr viele junge

RHEINLAND-PFALZ: Vergleichsweise glücklich



Im September veröffentlichte die Deutsche Post mit dem „Glücksatlas 2012“ eine Studie zur Lebenszufriedenheit in Deutschland. Der Untersuchung zufolge belegen die Deutschen den neunten Platz im europäischen Glücksranking; dabei bewerten wir unsere Lebensqualität durchschnittlich mit 7,0 von 10 Punkten. Die glücklichsten Bewohner der Bundesrepublik leben offenbar im Nordwesten. Mit einem Wert von 7,06 (7. Platz) kann die Region Rheinland-Pfalz und Saarland „als vergleichsweise glücklich bezeichnet werden“.

Glücksbringer sind: „Hohe Zufriedenheit mit der Wohnsituation, gute Gesundheit, die Sicherheitslage und Zufriedenheit mit der Demokratie“.

wü/Quelle: www.dp-dhl.com/de/pressespecials/gluecksatlas_deutschland_2012.html

BERTELSMANN-STUDIE IN DER KRITIK: Bildungsverläufe



Der Deutsche Lehrerverband (DL) hat die jüngste Bildungsstudie der Bertelsmann-Stiftung als „höchst tendenziös und völlig wertlos“ attackiert. Die Stiftung hatte bemängelt, das deutsche Schulsystem sei vor allem nach unten durchlässig. Im Zeitraum 2010/11 wechselten in den Klassen fünf bis zehn rund 50.000 Schüler in eine „niedrigere Schulart“ wie Haupt- und Realschule. Nur rund 23.000 und damit noch nicht einmal halb so vielen gelang der Übergang nach „oben“, etwa ins Gymnasium.

Nach Einschätzung von DL-Präsident Josef Kraus gefalle sich die Bertelsmann-Stiftung offenbar in Krisenszenarien. Damit aber ignoriere die Stiftung in skandalöser Weise, dass es laut Statistischem Bundesamt zuletzt in Deutschland (Stand: 2011) neben 324.711 Studierberechtigten aus allgemeinbildenden Schulen über 181.319 Studierberechtigte gab, die über die beruflichen Schulen „aufgestiegen“ seien und so ihre Hochschul- bzw. Fachhochschulreife erworben haben. *Hr*



Leute zum Familienideal, frühe Emanzipation von der Familie scheint nicht mehr „in“ zu sein.

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Familienarbeit in Deutschland, Juli 2012. Ergebnisse im Einzelnen: www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/Vorwerk_Familienstudie_2012_final.pdf

Landeselterntag in Bad Neuenahr-Ahrweiler

Der Landeselterntag unter der Leitung des Landeselternsprechers Rudolf Merod fand am 3. November 2012 im Are-Gymnasium Bad Neuenahr-Ahrweiler statt.

Unter dem Motto „Gute Unterrichtsversorgung gleich gute Schule?“ dankte Merod den Lehrerinnen und Lehrern für ihre engagierte pädagogische Arbeit und richtete einen Appell an die Elternschaft, die Lehrkräfte zu unterstützen und sich ihrer Vorbildfunktion bewusst zu werden.

Aus seiner Sicht gelten eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung und eine Vertretungsreserve als wichtige Indikatoren guter Schule. In seinem Eröffnungs-

statement forderte er außerdem eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und stärkere Investitionen in Maßnahmen zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler. Um den wachsenden Herausforderungen gerecht zu werden, sollte aus Sicht des LEB auch ein Paradigmenwechsel bei der Stellung der Schulleitungen erfolgen, und zwar von der Lehrkraft zur Führungskraft, was mit spürbaren Entlastungen einhergehen müsse.

Bildungsministerin Doris Ahnen unterstrich in ihrer Rede erneut, dass ein großer Teil der demografischen Rendite ins System zurückfließen wird und sie bis 2016 die Stellen im sogenannten Vertretungs-

pool auf dann insgesamt 1.000 Beamtenstellen ausbauen werde. Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nahm die Ministerin alle in die Pflicht und stellte das geplante Wahlrecht der Eltern zwischen inklusiver Beschulung und Förderschulbesuch in den Fokus.

Neben einem empirischen Vortrag von Prof. em. Dr. Klaus Klemm fanden am Nachmittag noch zahlreiche Foren zu für Schule und Eltern relevanten Themengebieten statt.



Timo Lichtenthäler
lichtenthaeler.timo@vdr-rlp.de

Schulleiterin „wirft das Handtuch“

Die Redewendung „das Handtuch werfen“ kommt aus der Boxersprache. Wer das Handtuch wirft, zeigt an, dass er nicht mehr kämpfen kann oder will, er gibt auf. In dieser Situation befand sich zum Ende des vergangenen Schuljahres Andrea Schöffel, 43, seit vier Jahren anerkannte Leiterin der Grundschule Graben im Landkreis Augsburg, als sie zum Ende des vergangenen Schuljahres beim Schulamt ihre Entlassung aus dem Schuldienst beantragte. Begründung: Sie könne unter den von Jahr zu Jahr schlechter werdenden Rahmenbedingungen die Schule nicht mehr leiten.

Was war geschehen?

Was trieb die Rektorin, die „Schule als ihre Leidenschaft“ bezeichnete, zu diesem Schritt? Die Einteilung ihrer Stellvertreterin und einer weiteren Lehrerin ihres achtköpfigen Kollegiums zu einer „mobilen Lehrerreserve“ brachte das Fass zum Überlaufen. Die Rektorin, die zudem noch als Klassenlehrerin sowie Pausen- und Busaufsicht fungierte, sah sich ohne die Unterstützung ihrer Stellvertreterin in ihrer pädagogischen Arbeit massiv beeinträchtigt. Sie müsse ständig aus dem Unterricht rausgehen, um kurzfristig agieren zu können, mit sieben Schulstunden Entlastung pro Woche lasse sich dies nicht schaffen.

Der Fall war im doppelten Wortsinn unerhört und so spektakulär, dass Frau Schöffel von der Süddeutschen Zeitung interviewt wurde. (Den vollen Text des Interviews in der SZ vom 7. August 2012 finden Sie auf der VDR-Homepage). Der Widerhall in den Medien, insbesondere im Internet, war beträchtlich, in der Lokalpresse las man vom „Platzen einer Bombe“.

Schulleiter im Dilemma

Über den Einzelfall hinaus weist die Kündigung auf ein kaum lösbares Dilemma der Leiter vor allem kleinerer und mittelgroßer Schulen hin. Durch ihre hohe Unterrichtsverpflichtung geraten sie ständig in die Zerreißprobe zwischen ihrem Unterricht und der Lösung ad hoc auftretender Probleme. Dies ist eine altbekannte Systemschwäche, die aus einer überholten Interpretation der Schulleiterrolle resultiert. Danach sind Schulleiter in erster Linie Lehrkräfte, die nebenbei noch eine Schule führen. Solange hier nicht ein Perspektivwechsel stattfindet, besteht wenig Hoffnung. Schulleitervereinigungen und Lehrerverbände wie der VDR weisen seit vielen Jahren auf diesen Missstand hin.

Rektorin Schöffel hat jedenfalls die Konsequenzen aus ihrem Dilemma gezogen, dafür verdient sie Respekt. Ob ihr Schritt eine größere Wirkung erzielt hat, ist

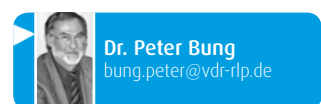


Ständige Zerreißprobe zwischen Unterricht und ungeplanten Einsätzen

zweifelhaft, ihr Nachfolger wurde bereits zum 1. September installiert. Die Dienstbehörde sorgte rasch für die Rückkehr zum „business as usual“. Die Lust, sich auf Funktionsstellen zu bewerben dürfte allerdings nach diesem Fall eher schwinden, die Zahl der Zweit- und Drittausreibungen zunehmen.



Kompletten Artikel online lesen:
www.vdr-rlp.de



Dr. Peter Bung
bung.peter@vdr-rlp.de

► VDR-ERZIEHUNGSOFFENSIVE

Schulschwänzer – isolieren sich und vereinsamen

„Wenn wir über Langzeitarbeitslosigkeit reden, ist Schulschwänzen der Anfang.“ Mit diesen Worten setzte sich Arbeitsministerin Ursula von der Leyen für die Verhängung von Bußgeldern für Schulschwänzen ein. 50 % der Langzeitarbeitslosen hätten keinen Schulabschluss. Es sei deshalb entscheidend, den Anfängen zu wehren. „Schule, Polizei, Jugendamt und Familie müssen zusammen Lösungen anbieten, Druck ausüben, Regeln aufstellen und diese auch durchziehen“, verlangte die Ministerin in einem Pressegespräch im August dieses Jahres.



Bußgeld in der Diskussion

Unterstützt wird von der Leyen von der Deutschen Polizeigewerkschaft. Ihr Vorsitzender Wendt sagte: „Auch Jugendkriminalität fängt immer mit Schulschwänzen an. Deshalb ist es gut, die Eltern mit einem Bußgeld zu belegen. Das sollte am besten gleich vom Kindergeld abgezogen werden.“¹

Die Schätzungen über die Zahl der notorischen Schwänzer in Deutschland schwanken zwischen 200.000 (Deutscher Lehrerverband) und über 600.000 (Norbert Grewe, Psychologe aus Hildesheim). Die einzelnen Bundesländer verfahren unterschiedlich. In verschiedenen Ländern, darunter Rheinland-Pfalz, gibt es das Bußgeldverfahren schon. Die Jugendrichter in Hannover haben pro Monat mit durchschnittlich etwa 200 Bußgeldverfahren wegen Schulverweigerung zu tun. Wenn Kinder dort mehr als 20 unentschuldigte Fehltage haben und massive Probleme in der Familie vorliegen, können die Jugendrichter den Eltern sogar das Sorgerecht in schulischen Angelegenheiten entziehen.

In Bayern hat die Polizei etwa im Schuljahr 2010/11 rund 2.000 Schüler aufgespürt und in ihre Schulen zurückgebracht – für die Behörden eine Erfolgsmeldung. Bei

einer Umfrage der Rhein-Zeitung bei den Schulleitern im Kreis Altenkirchen wurde das Bußgeld höchstens als letztes Mittel gesehen und sollte nicht der Lösungsansatz sein.

Bereits im Vorfeld sind vielfältige und zeitaufwendige Maßnahmen notwendig, um Probleme der Schüler in den Griff zu bekommen. Als hilfreich hat sich die Einschaltung der Schulsozialarbeiter erwiesen.²

Ursachen ergünden

Häufig genannte Ursachen für das Schwänzen sind

- Angst vor Lehrern, Angst vor dem Versagen bei Tests,
- negatives Vorbild von Eltern(teilen), die sich nicht um die Kinder kümmern und aufgrund von Alkohol- und Drogenproblemen oder Arbeitslosigkeit morgens selbst nicht aufstehen,
- andere familiäre Probleme (Scheidung, schwere Erkrankungen in der Familie),
- sog. Null-Bock-Haltung (insbesondere in der Pubertät),
- soziale Angst oder Depressionen,
- Mobbing durch Mitschüler oder Lehrer (Schüler, die dem Unterricht oft fern-

blieben, sind mit 16 Prozent doppelt so oft von Mobbing betroffen wie ihre Mitschüler, ergab eine Studie des Universitätsklinikums Heidelberg³.

Anders als oft vermutet machen sich Schüler mit häufigen Fehlzeiten meist keine schöne Zeit außerhalb der Schule. Sie isolieren sich und vereinsamen.

Erste Anzeichen erkennen

Schulvermeidendes Verhalten kann man z.B. an folgenden Anzeichen erkennen:

- Das Kind erzählt nichts mehr aus dem Schulalltag und gibt auch auf Nachfragen keine Auskunft.
- Das Kind klagt morgens häufig über Kopf- oder Bauchschmerzen und möchte zu Hause bleiben.
- Das Kind kommt mehrmals mit blauen Flecken und zerrissener Kleidung nach Hause.
- Es gibt eine Häufung schlechter Noten oder es werden keine Arbeiten mehr zu Hause gezeigt.

Maßnahmen ergreifen

- Für Eltern und Schule ist es gleichermaßen wichtig, nicht wegzuschauen. Im Gespräch mit dem Kind muss versucht werden, die Ursachen zu ergründen.
- „Auffällige“ Schülerinnen und Schüler müssen möglichst früh erkannt werden.
- Eltern sollten unrealistische Leistungserwartungen herunterschrauben.
- Lehrkräfte müssen unentschuldigtes Fehlen (auch in Einzelstunden) konsequent im Klassenbuch dokumentieren, die Eltern minderjähriger Schüler benachrichtigen und das Gespräch mit ihnen suchen.
- Unentschuldigtes Fernbleiben vom Unterricht sollte mit angemessenen Ordnungsmaßnahmen geahndet werden, denn Jugendliche versuchen, Grenzen auszutesten.
- Klassenleiter müssen für ein positives Klassenklima sorgen, in dem Mobbing keinen Raum hat. Dazu brauchen die Lehrkräfte mehr Zeit (Klassenleiterstun-

den; Gesprächsangebote ...).

- Der Unterricht sollte möglichst interessant gestaltet werden, nicht verkopft sein und alle Sinne fordern.
- Die Einschaltung von Schulsozialarbeitern und Schulpsychologen, die leider nicht im notwendigen Umfang zur Verfügung stehen, ist sehr erfolgversprechend.

Schulschwänzen beginnt unauffällig. Der Schulunlust folgt eine Zeit, in der die Kinder erst mal nur einzelne, besonders unbeliebte Stunden (oder Lehrer) schwänzen.

Danach häufen sich die Fehltage. „Kinder, die sich während der Schulzeit in Kaufhäusern rumtreiben oder einfach zu Hause rumgammeln, sind nach ein bis zwei Jahren vollkommen vereinsamt. Ihnen ist ein vernünftiger Tagesrhythmus verloren gegangen. Den kann man im Nachhinein nur schwer wieder aufbauen. Die Karriere ins Abseits ist vorprogrammiert.“⁴



¹ Frankfurter Rundschau, 20.08.12

² Rhein-Zeitung, 30.08.12

³ Der Tagesspiegel, 09.07.12

⁴ Klaus Seifried, Schulpsychologe, Berufsverband Deutscher Psychologen in: Informationsdienst Psychologie 1/2002

OECD-Indikatoren 2012:

Bildung auf einen Blick

Bei der alljährlichen Präsentation der OECD-Indikatoren prallen regelmäßig zwei Weltansichten aufeinander.

Spiegel-Online (vom 11. September 2012) beschreibt das Ritual so: „Die OECD auf der einen Seite misst Bildungserfolg in Skalen, Intervallen, Ranglisten. Sie geht davon aus, dass ein Land umso erfolgreicher ist, je mehr Abiturienten und Hochschulabsolventen es produziert. Dabei sieht die Bundesrepublik regelmäßig schlecht aus im Vergleich zu Nationen, wo auch Hebammen oder Krankenschwestern auf Hochschulen gehen.“

Die Vertreter des deutschen Föderalismus auf der anderen Seite verteidigen die hiesigen Besonderheiten. Sie machen sich etwa für die betriebliche Ausbildung stark, weil diese erfolgreiche Facharbeiter auch ohne Hochschulabschluss produzieren. Zehn Jahre nach Pisa haben sie es satt, dass ihnen regelmäßig Versagen attestiert wird ...“

Ergebnisse auch diesmal durchwachsen

Das zeigen zwei Beispiele:

- Deutschlands System der frühkindlichen Bildung ist recht gut ausgebaut: 96 Prozent der Vierjährigen und 89 Prozent der Dreijährigen nehmen an frühkindlicher Bildung teil. Deutschland liegt damit weit über den entsprechenden OECD-Durchschnittswerten von 79 bzw. 66 Prozent.

- 20 Prozent der jungen Erwachsenen erreichen in Deutschland ein höheres Bildungsniveau als ihre Eltern, wesentlich weniger als im OECD-Durchschnitt (37 %). 22 Prozent der jungen Erwachsenen beenden ihre Ausbildung mit einem niedrigeren Bildungsabschluss als ihre Eltern, mehr als im OECD-Durchschnitt (13 %).

Bildungsministerin Doris Ahnen zeigt in ihrer Presseerklärung vom 13. September 2012 bereits in der Überschrift „Junge Lehrerinnen und Lehrer, kleine Klassen“ Schwerpunkte ihrer Bildungspolitik auf, auf die sie auch ohne OECD immer wieder gerne verweist. Grundlage ist ein von den statistischen Ämtern – ergänzend zur OPEC-Veröffentlichung – erstellter vergleichender Datenband. Rheinland-Pfalz kann sich hier tendenziell bestätigt sehen:

- Die durchschnittliche Klassengröße von 21 Kindern im Primarbereich der öffentlichen Schulen liegt unter dem Bundesschnitt (21,5 Kinder pro Klasse) und über dem im OECD-Schnitt (21,3).
- Im Sekundarbereich I sind die Klassen mit 24,5 Schülerinnen und Schülern ebenfalls kleiner als im Bundesdurchschnitt (24,6). Den Trend will das Land einem Stufenplan zur Verkleinerung der Klassengröße in den nächsten Jahren umsetzen.
- Weit mehr Lehrkräfte als im bundesweiten Vergleich sind an den Grundschulen und im Sekundarbereich I



Frühkindliche Bildung in Deutschland: überdurchschnittlich hohe Beteiligung der Drei- und Vierjährigen.

jünger als 40 Jahre (38,3 bzw. 35,6 Prozent gegenüber 29,2 bzw. 24,7 Prozent).

„Die Ergebnisse der Studie sind Bestätigung und Ansporn zugleich, noch besser zu werden“, so Doris Ahnen. Sie will weiter kontinuierlich Lehrkräfte einstellen und die Weiterbildungsbereitschaft (Stichwort „Lebenslanges Lernen“) erhöhen.

Fazit

Man weiß nie, was die nächste Studie bringt. Deshalb ist es klug, gute Ergebnisse nicht selbstzufrieden zu kommentieren.

Wü/Quellen: www.oecd.org/edu/
www.spiegel.de/unispiegel/studium/
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/



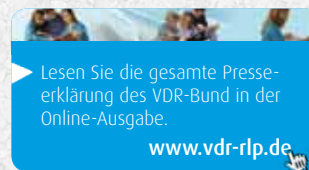
GESPRÄCHSERGEBNIS:

Realschulabschluss ebnet Jugendlichen erfolgreiche Wege

„Ein erfolgreicher Realschulabschluss ist eine wirksame Versicherung gegen fehlende berufliche Perspektiven und Arbeitslosigkeit.“ Zu diesem Ergebnis kamen die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) und die Professoren des Wissenschaftlichen Beirats der Verbandszeitschrift „Reale Bildung in Deutschland“. Bundesländer mit starker Realschulbildung bieten jungen Menschen nachweislich hervor-

gende Übergänge in das Berufsleben. Europäische Länder mit hohen Abiturquoten wie Spanien und Frankreich haben eine extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit.

Hr



► IM GESPRÄCH MIT DEM FDP-VORSITZENDEN DR. VOLKER WISSING

Selbstständigere Schulen

Landesvorsitzender Bernd Karst (r.) und seine Stellvertreter Wilfried Rausch (2.v.l.) und Wolfgang Wünschel (l.) trafen sich in Mainz mit dem rheinland-pfälzischen FDP-Vorsitzenden Dr. Volker Wissing zu einem Austausch über bildungspolitische Fragen.



Foto: VDR

Im Mittelpunkt standen Fragen der Unterrichtsversorgung, der Arbeitsbelastung und der beruflichen Bildung.

Die VDR-Vertreter machten unter anderem deutlich, dass mit den Schulstrukturveränderungen die Belastungen der Kollegien unverhältnismäßig ge-

stiegen seien. Differenzierungsangebote und Förderkultur seien bislang völlig unterentwickelt. Die aktuellen Mittelseinsparungen lassen befürchten, dass der Belastungsanstieg auf dem Rücken der Lehrkräfte ausgetragen werden solle.

Einigkeit herrschte in der Bewertung des Klemm-Gutachtens als Nachvollzug sparpolitischer Entscheidungen der Lan-

desregierung. Dr. Wissing bekannte sich zur Schuldenbremse als haushaltspolitisch einzige Möglichkeit, künftig eine stabile Währung zu haben. Allerdings sei es nicht richtig, die Schuldenbremse über die Bildungspolitik, durch Streichung und Abbau von Lehrerstellen, greifen zu lassen. Für die FDP ist die Unterrichtsversorgung – verbunden mit größerer Selbstständigkeit der Schulen bei der Mittelbewirtschaftung und bei Personalentscheidungen – ein wesentlicher Inhalt ihrer Bildungspolitik.

Einvernehmen bestand auch im Bekenntnis zum Leistungsprinzip. Betriebe und Hochschulen erwarten Schulabgänger, die kompetent und mit guten Kenntnissen Ausbildung bzw. Studium erfolgreich bewältigen können. Dem rheinland-pfälzischen FOS-Modell könne nach Auffassung des VDR dabei eine besondere Bedeutung zukommen.

Die Gesprächsteilnehmer vereinbarten, den Dialog fortzusetzen.

Wü

► VDR-ERZIEHUNGSOFFENSIVE

Gemeinsam gegen Erziehungsdefizite VDR und LEB wollen „Runden Tisch“



Foto v.l.n.r.: Wilfried Rausch (VDR), Dr. Thorsten Ralle (LEB), Marion Berres (LEB), Bernd Karst (VDR), Rudolf Merod (LEB), Ralf Quirbach (LEB), Wolfgang Häring (VDR)

Foto: VDR

Der Landeselternbeirat und der Realschullehrerverband VDR sind sich einig: Missstände zu beschreiben und zu beklagen genügt nicht. Es ist eine Tatsache, dass ein zunehmender Anteil von Schülerinnen und Schülern aller Schularten das Unterrichten und den Lernfortschritt der Mehrheit erschwert. Die Ursachen dafür sind vielfältig und reichen von fehlender häuslicher Nestwärme und Erziehung über die mediale Reizüberflutung, die Über- oder Unterforderung im Unterricht bis hin zu Suchtproblemen.

Soll die Vermittlung von Fachwissen und Lerntechniken nicht zu kurz kommen, brauchen die Schulen zusätzliche Hilfen, sei es durch Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter, durch ehrenamtliche „Kümmerer“, durch Entlastungsstunden für Lehrkräfte und für wesentlich verbesserte Elternpartizipation. Darüber hinaus bedarf es ansprechend gestalteter Schu-

len mit speziellen Trainingsräumen z. B. für sogenannte „Time-out“-Projekte etc.

Die Vorschläge aus einem Gespräch zwischen LEB und VDR in Bingen fassten Landeselternsprecher Rudolf Merod und Landesvorsitzender Bernd Karst zusammen:

- Einrichtung eines „runden Tisches“ mit Vertretern der Lehrerverbände, der Elternbeiräte, der Schülervertretung, der Schulträger und der Schulbehörden,
- Erziehungsoffensive als Thema eines „Elterntages“ (Schulelternbeirat, Klassenelternsprecher, Lehrkräfte und Personal) an der Schule vor Ort,
- Fortbildungen für Eltern und Lehrkräfte zu Erziehungsfragen,
- Konsequenz in der Erziehung durch Eltern und Lehrkräfte,
- strikte Einhaltung der Schulregeln/ Hausordnung,

- Austausch und Kooperationsverträge mit der Jugendhilfe,
- Modellversuche unter Einbeziehung zusätzlicher Hilfen und Methoden.

Weitere Themen des sachlichen und von gegenseitigem Verständnis geprägten Dialogs waren

- Fortschreibung der Klassenmesszahl 25 in die Klassen 7–10,
- Lehrkräftebedarf und Versorgung der Fachoberschulen,
- Schwerpunktschulen und Inklusion,
- Schulen mit dislozierten Standorten,
- Entscheidungsfreiheit und Verantwortung der Schulleitungen vor Ort.

Beide Gremien stellten fest, dass der Wandel der Schulstruktur seit 2009 deutliche Veränderungen in den Alltag aller Schularten gebracht hat. „Die Praxis hat die Theorie längst überholt“, stelle der VDR-Vorsitzende Karst fest. Das neugeborene und noch auf wackeligen Füßen stehende Kind Realschule plus müsse nach Abschluss der Reform auf den Prüfstand.

Dabei sei es wichtig, nach dem „Plus“ zu suchen und ggf. durch weitere Unterstützung die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler sicher zu stellen.



Wolfgang Häring
haering.wolfgang@vdr-rlp.de

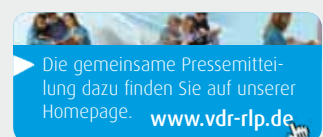
► Südwestdeutsche Zeitung an rhein und saar

Mehr Sozialarbeiter für Schulen gefordert

Bingen (dapd). Eltern und Lehrer in Rheinland-Pfalz wollen mehr Sozialarbeiter, mehr ehrenamtliche „Kümmerer“ und mehr Entlastungsstunden für Lehrkräfte an den Schulen im Land. Die Schulen benötigten zusätzliche Hilfen, damit die Vermittlung von Fachwissen und Lerntechniken nicht zu kurz komme, teilten der Landesverband Deutscher Realschullehrer (VDR) und der Landeselternbeirat in Bingen mit. Sie schlugen vor, einen Runden Tisch mit Lehrer-, Schüler- und Elternvertretern einzurichten, um die Vorschläge zu diskutieren. Darüber hinaus forderten die bei-

den Vereinigungen Fortbildungen zu Erziehungsfragen für Eltern wie Lehrer. Auch mit der Jugendhilfe soll den Angaben zufolge verstärkt zusammengearbeitet werden.

Quelle: Die Rheinpfalz, Ausgabe: Nr. 261 vom 9. November 2012, Seite 12



Die gemeinsame Pressemitteilung dazu finden Sie auf unserer Homepage. www.vdr-rlp.de

► IM GESPRÄCH

Inklusion: Das Kindwohl im Mittelpunkt

CDU und VDR sind sich einig: Bei der Wahl der Schule, ob nun Schwerpunktschule oder Förderschule, muss das Wohl jedes einzelnen Kindes im Mittelpunkt stehen. Inklusive Beschulung an Regelschulen ist an viele bauliche, personelle und sächliche Voraussetzungen gebunden, die bereits im Vorfeld garantiert sein müssen – das trifft, so die gemeinsame Einschätzung, auf viele Schwerpunktschulen nicht zu.



VDR – Wir machen Sie fit für die Personalratswahlen 2013!

„Wer leitet die Wahl ein?“

„Was muss der Wahlvorstand unverzüglich nach seiner Bestellung tun?“

„Kann der Wahlvorstand die Wahlberechtigten auch über die Schul-E-Mail-Adressen informieren?“

„Was hat sich im Vergleich zu 2009 in der Wahlordnung geändert?“

„Zählt der pädagogische Koordinator zu den ‚Beschäftigten‘?“

„Darf der zweite Konrektor den ÖPR wählen bzw. ist er für den ÖPR wählbar?“

Antworten auf diese und andere Fragen erhalten Sie als Wahlvorstand durch die Wahlbroschüre des VDR.

Haben Sie schon im Vorfeld der PR-Wahlen 2013 Fragen zur Wahl? – Sie können sich gern an uns wenden:

Wilfried Rausch

Telefon: 26 61 / 23 49
 Fax: 0 26 81 / 7 06 34
 E-Mail: rausch.wilfried@vdr-rlp.de

Erwin Schneider

Telefon: 0 65 66 / 9 33 19 19
 Fax: 0 65 66 / 93 51 11
 E-Mail: schneider.erwin@vdr-rlp.de

Hanns Peters

Telefon: 06 51 / 30 07 56
 Fax: 06 51 / 3 68 22
 E-Mail: peters.hanns@vdr-rlp.de



Darüber hinaus bietet der VDR Wahlvorstandsschulungen an:

Am 20. Februar 2013

Im Schulaufsichtsbezirk Trier (Mertersdorf)

Am 21. Februar 2013

Im Schulaufsichtsbezirk Neustadt (Ludwigshafen)

Am 28. Februar 2013

Im Schulaufsichtsbezirk Koblenz (Waldesch)

... sowie eine landesweite Wahlvorstandsschulung für Integrierte Gesamtschulen:

Am 27. Februar 2013

Kloster Jakobsberg (Ockenheim)

Die VDR-Wahlbroschüre geht allen Personalräten kostenlos zu.

► BERND KARST 60

Schule baut Brücken

Politik, Wirtschaft und Verbände entwerfen schulpolitisches Mosaik



Bernd Karst (hier mit Gudrun Deck, der Organisatorin der Veranstaltung) freute sich, so viel Wertschätzung erfahren zu dürfen, und nahm die Anerkennung für die geleistete Verbandsarbeit gerne entgegen. Die

reichte er weiter an die gesamten VDR-Vorstände auf Bezirks- und Landesebene, bilanzierte Entwicklungen und nutzte die Gelegenheit, mögliche neue Perspektiven aufzuzeigen.

Schule ist in die Gesellschaft eingebettet

„Mit dem Blick in die Vergangenheit kann man die Gegenwart besser verstehen. Mit dem Blick auf die Gegenwart markiert man zugleich die Herausforderungen der Zukunft. Schule existiert nicht für sich, sie ist in die Gesellschaft eingebettet.“

Schule muss folglich auf Veränderungen in Gesellschaft und Arbeitswelt reagieren. Sie muss neue Aufgaben annehmen und sich verändern.

Da Erziehung und Bildung auf Kontinuität angelegt sind, müssen Veränderungen mit Augenmaß erfolgen. Bewährtes muss erhalten werden und zugleich muss die notwendige Weiterentwicklung geleistet werden.

Mit der Einbeziehung der Realien und der Praxis hatte bereits die Realschule das Nebeneinander von allgemeiner und beruflicher Bildung aufgehoben, ohne eine vertiefte Grundbildung zu vernachlässigen. Mit der Realschule plus hat sich das Spektrum realer Angebote erweitert und allgemeine und berufliche Bildung in eine lebhaft und lebendige Kooperation gebracht.

Realschule plus: Erfolgserwartungen berechtigt

Die Bildungserwartungen steigen heute weiter. Die Realschule hielt eine Vielzahl an Optionen offen und war auch deshalb bei Eltern und Abnehmern anerkannt. Entsprechende Erwartungen richten die Eltern auch an die Realschule plus. Die Forderung, dass die Realschule plus erfolgreich sein muss, ist daher berechtigt und nachvollziehbar. Dieser Herausforderung muss sich gerade auch die Politik stellen. Landesregierung und Gesetzgeber haben mit der neuen Struktur versucht, ein breit gefächertes Bildungsangebot zu erhalten

Stellv. Landesvorsitzender Wilfried Rausch begrüßte zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft, Schule und Schulverwaltung im Landesmuseum Mainz: „Die Resonanz auf unsere Einladung war sehr erfreulich. Im Namen des Landesverbandes heiße ich Sie alle herzlich willkommen.“



Politik und Wirtschaft: Petra und Bernd Karst, Bettina Brück – bildungspolitische Sprecherin der SPD, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ulla Brede-Hoffmann, Bettina Dickes – bildungspolitischen Sprecherin der CDU, Guido Ernst (CDU) Vorsitzender des Landtagsausschusses für Bildung. Ganz rechts: Ralf Hellrich – Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Pfalz



Partner und Weggefährten: Lilli Lenz – dbb-Landesvorsitzende, dahinter v.r.n.l.: Dr. Irmtraud Heym die Vorsitzende des Elternvereins, die Vorsitzenden der Lehrerverbände im dbb, Karl-Heinz Fuß (vlw), Ulrich Brenken (vlbs) Malte Blümke (phv), dritte Reihe v.l.n.r.: Georg Stenner, LMR a.D., Malte Hestermann – Geschäftsführer dbb, VDR-Ehrenvorsitzender Hans Thielen, Max Laveuve, Ehrenvorsitzender phv, VDR-Ehrenmitglied Alfons Denig, Manfred Schabowski, Schulleitervereinigung



Ihre Zusammenarbeit mit Bernd Karst beschrieb Ministerin Ahnen auf der VDR- und HPR-Ebene als „politisch nicht immer ganz konfliktfrei, aber stets menschlich verbindlich.“

Hinter seiner Karriere im VDR erkannte sie nicht nur fachliche, sondern auch menschliche Wertschätzung, die ihn in wichtige Wahlämter geführt hätte.

Die Realschule plus sei darauf angelegt, jeglichen Schülern ein solides Fundament zu vermitteln und daraus Brücken zu bauen in Beruf und Ausbildung. Sie sei angewiesen auf Menschen wie Bernd Karst, der die Fähigkeit und Kraft besitze, Wege zu bereiten und über Brücken zu geleiten.



„Danken möchte ich auch meiner Frau Petra, die meine berufliche und verbandspolitische Arbeit begleitet. Sie profitierte wie ich davon, viele Menschen in über 30 Jahren VDR-Arbeit kennen gelernt zu haben, mit denen wir freundschaftlich verbunden sind.“

Das Plus der Realschule Plus zu definieren, fällt nicht leicht. Was ist mit dem Plus gemeint?

Da die Realschule plus nach unserem Verständnis mehr sein muss als lediglich ein Konglomerat aus zwei zuvor eigenständigen Schularten, erwarten wir, dass mit dem Plus Qualitätsmerkmale verbunden werden, die über die anerkannten Merkmale der Vorgängerschularten hinausgehen. Eine Imagekampagne für die Realschule plus kann helfen, aber sie muss glaubwürdig und überzeugend sein.

So ist die neue Realschule aus unserer Sicht dann zukunftsfähig, wenn das Plus den Schülern und Lehrern Rechnung trägt, die zuvor anderen eigenständigen Bildungsgängen angehörten.

Zentrale Aufgaben: Fordern und Fördern

Zu den zentralen Aufgaben der Schule gehört das Fördern und Fordern. Selbstverständlich gab es niemals „homogene Klassen und Gruppen“ im streng definierten Sinne. Menschen sind und handeln immer individuell. Allerdings sagen wir nach wie vor, dass Schule offen sein muss für Leistungsdifferenzierung und für Bildungsangebote, die den durchaus unterschiedlichen Neigungen, Interessen und Begabungen Rechnung tragen.

Neben der Vermittlung von Fach- und Methodenkompetenz gewinnt in der Realschule plus ebenso wie in der Integrierten Gesamtschule und anderen Schularten die Vermittlung der Sozialkompetenz einen immer höher werdenden Stellenwert.

Veränderte Familienstrukturen verstärken die Herausforderung der Schulen hinsichtlich des sozialen Lernens. Wir stellen jedoch mit zunehmender Sorge fest, dass der Schule immer mehr Aufgaben zufallen und verordnet werden. Es sind Aufgaben, die nach unserem Verständnis auch heute noch zur selbstverständlichen elterlichen Erziehung gehören.

Verhaltensauffälligkeiten und mangelnde Disziplin prägen zunehmend den Unterrichtsalltag. Lehrkräfte sind dem oft hilflos ausgeliefert. Mit unserer Forderung nach einer „Erziehungsoffensive“ möchten wir im Schulterschluss mit der Politik, den Elternvertretungen und den unterstützenden Einrichtungen geeignete Lösungswege finden, die den Beteiligten das Lehren und Lernen in der Schule erleichtern.

Rahmenbedingungen müssen stimmen

Die Lehrkräfte unternehmen große Anstrengungen, den neuen Herausforderungen der Realschule plus gerecht zu werden. Das kann und wird gelingen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Dazu gehören:

- Eine gute Unterrichtsversorgung
- Überschaubare Klassengrößen auch in den Klassenstufen 7 bis 10

- Unterstützung der Erziehungsarbeit durch Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen und weitere Institutionen
- Gerechte Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und Schulleitungen
- Sichere Arbeitsplätze und eine an der wirtschaftlichen Entwicklung orientierte Besoldung im Beamtenstatus

Die Realschule plus bietet mit der Fachoberschule ein attraktives Angebot, weil sie qualifizierten Schülerinnen und Schülern einen direkten Zugang zur Fachhochschule bietet und damit dem Mangel an Fachkräften entgegenwirkt. Was die Zahl und die Auswahl der Fachrichtungen angeht, befindet sich die FOS an der Realschule plus allerdings noch in den Anfängen ihres Ausbaus.

VDR bringt sich ein

Politik hat viele Möglichkeiten, den Sachverstand von Vordenkern zu nutzen, um Vorgaben zu machen, auf denen man konstruktiv aufbauen und die man weiterentwickeln kann. Der VDR als Interessenverband nimmt kontinuierlich die Gelegenheit wahr, seine Sichtweise und seinen Sachverstand einzubringen: in der Politik, gegenüber den Wirtschaftsverbänden, Elternvertretungen, gesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen, in schulinternen, schultangierenden und schulexternen Bereichen. Für die gute Zusammenarbeit, die sich im Konsens und auch in konstruktiven Kontroversen bewährt hat, danke ich unseren Partnern auch an dieser Stelle sehr herzlich.

Es kann nur jemand nach außen wirken, wenn er von innen gestützt wird. Ich habe mich in meiner Rolle als Vorsitzender immer von meinen Kolleginnen und Kollegen getragen gefühlt.“

Wilfried Rausch nahm für den VDR-Landesverband Bernd Karsts runden Geburtstag zum Anlass, seine Verbandstätigkeit zu würdigen und ihm für das langjährige Engagement in der ersten Reihe Dank zu sagen. Er beschrieb Bernd Karst als eine Persönlichkeit mit vielseitigen Interessen und Begabungen, die er im schulischen Bereich als Lehrer und Schulleiter einbringe, aber auch in der Verbandsarbeit und im HPR. Im Namen des Landesverbandes brachte er Vorfreude auf die weitere Zusammenarbeit zum Ausdruck und zeigte sich überzeugt, dass der VDR die anstehenden Herausforderungen mit seinem Landesvorsitzenden meistern werde.

„Bernd Karst hat sich in seiner beruflichen Tätigkeit stets zielstrebig weiterentwickelt. Dass diese Entwicklung Schulwechsel notwendig machten, schreckte ihn nicht ab. Er sah diese Wechsel als Bereicherung an, sich regional neu zu orientieren und sich auf andere personelle Umfeldler und berufliche Herausforderungen einstellen zu müssen...



Lilli Lenz, dbb Landesvorsitzende, hob hervor, dass Bernd Karst mit dem VDR-Landesverband ein absolut zuverlässiger Partner sei, der dem Landesbund wertvolle Zuarbeit leiste. Er sei ein unermüdlicher Landesvorsitzender, der stets das „große Ganze“ im Blick habe und zusammen mit seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern Vorbild für eine aktive Basis sei, wie sie die Interessenverbände und Gewerkschaften heute unbedingt benötigten.



Malte Blümke, Vorsitzender des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz überbrachte die Glückwünsche der an einem Runden Tisch vereinten Arbeitsgemeinschaft der Lehrerverbände im dbb (phv, vlbs, vlw, vbe). Er hob den großen persönlichen Einsatz Karsts in Beruf und Ehrenamt hervor: „Persönliche Interessen stehen da hintenan. Da gibt es auch keinen geregelten Feierabend, kein festes freies Wochenende, kaum Abschaltzeiten“.



Wilfried Rausch zeigte sich überzeugt, dass der VDR mit Bernd Karst die anstehenden Herausforderungen meistern werde.



Weit über das eigene Bundesland hinaus, so der VDR-Bundesvorsitzende Jürgen Böhm, kenne und schätze man Bernd Karst als einen profilierten Vertreter der Realschulfamilie in Deutschland.

Seit sechs Jahren sei er als stellvertretender Bundesvorsitzender für die bildungspolitische Entwicklung auf Bundesebene verantwortlich. Er setze sich vor allem für die Verbesserung der Bildungsbedingungen von Realschülerinnen und Realschülern ein.

„Du bist ein wichtiges Schwungrad im Getriebe der Realschule, du hast Entwicklungen in Bewegung gesetzt, Prozesse kritisch begleitet und Verbindungen hergestellt“.



Für die musikalische Gestaltung sorgten Uta Schneller und Klaus Hirsch. Sie zeichneten vierhändig am Klavier die Lebensphasen mit wechselnden musikalischen Stilen und Themen nach.

Es wundert nicht, dass Bernd Karst mit seinen innovativen Ideen und seinem Engagement bereits mit 28 Jahren zum VDR-Bezirksvorsitzenden Rheinhessen-Pfalz gewählt wurde. Dieses Amt hatte er von 1980 bis 2005 insgesamt 25 Jahre inne. Die 25 Jahre waren nicht das Ende der Verbandsarbeit. Im Gegenteil: Ihm wurden der Landesvorsitz ab 2005 und das Stellvertreteramt auf Bundesebene 2006 übertragen.

Als Bezirksvorsitzender konnte Bernd Karst sehr bald Erfolge in der Verbandsarbeit vorzeigen. Die Mitgliederzahlen in seinem Bezirk wuchsen geradezu sprunghaft an.

Im Landesvorstand fand seine Verbandstätigkeit auf Bezirksebene rasch Anerkennung: Man übertrug ihm gewichtige Funktionen im Landesvorstand. Von 1987 bis 1990 übernahm er für eine Wahlperiode die Redaktion der VDR-Landeszeitschrift und setzte mit seiner Redaktionsarbeit Maßstäbe. Er initiierte die Parlamentarischen Abende, gab den Anstoß für die Wahlprüfsteine vor Landtagswahlen und ließ sich aktiv in die Gestaltung der Landesrealschultage einbinden.

Für den Verband ist er seit 1984 Mitglied des Hauptpersonalrats. Das sind jetzt 28 Jahre. Und in dieser Zeit hat er sich gemeinsam mit den Landesvorsitzenden und insbesondere mit Wolfgang Wünschel, der 17 Jahre als Vorsitzender den HPR Realschulen leitete, für die beruflichen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der Lehrerinnen und Lehrer eingesetzt und wichtige Impulse und Beiträge zur Weiterentwicklung der Realschule gegeben.

Die VDR-Hauptversammlung übertrug ihm 2012 wegen seiner langen verbandspolitischen Erfahrungen, wegen seiner Kompetenzen, wegen seines Verhandlungsgeschicks und wegen seines souveränen Auftretens bereits zum dritten Mal den Landesvorsitz.

Als Landesvorsitzender hat er während der Ausgestaltung der Reformpläne für die neue Schulform „Realschule plus“ den Dialog mit Bildungspolitikern, Landtagsabgeordneten, Ministerin, Staatssekretärin und Staatssekretär, Mitarbeitern des Bildungsministeriums und der ADD, mit den Lehrerverbänden, mit Vertretern der Wirtschaft und des Handwerks, mit den Fachhochschulen und Schulleitervereinigungen gesucht.

Für die neue Schulart hat er die Ingelheimer Fachkongresse initiiert, die ein Forum zur Weiterentwicklung der neuen Schulart schaffen, die den Dialog mit Bildungspolitikern ermöglichen, die Wissenschaftler in den Schulentwicklungsprozess mit einbinden und den pädagogischen Austausch der Kolleginnen und Kollegen erleichtern wollen ...

Impressionen

Bernd Karst 60



Das Team der Rochus-Realschule plus Bingen mit VDR-Geschäftsführer Martin Radigk (2.v.r.) und dem Präsidenten der Fachhochschule Bingen, Prof. Dr. Klaus Becker (re)



VDR-Referentinnen: Marion Bellinger und Nicole Weiß-Urbach



Frauenpower: Dr. Heym – Elternverein, Sersch – VDR, Brede-Hoffmann – MdL, John – AK SchuleWirtschaft, Brück – MdL



Rudolf Merod – Landeselternbeirat, Jutta Lotze-Dombrowski – MBWWK, Ernst-G. Carstensen – SLV



Vertreter der Schulbehörden (v.l.): Weirauch, Lotze-Dombrowski, Schwinn, Karst, Dr.Thews, Müller, Fischer



Politik und Verbände: Fuß – vlw, Dickes – MdL, Zeimentz – phv, Brenken – vlbs, Hestermann – dbb

Schule in Rheinland-Pfalz



LEHRERWERBUNG Á LA RHEINLAND-PFALZ: Gute Einstellungschancen für angehende Lehrerinnen und Lehrer?

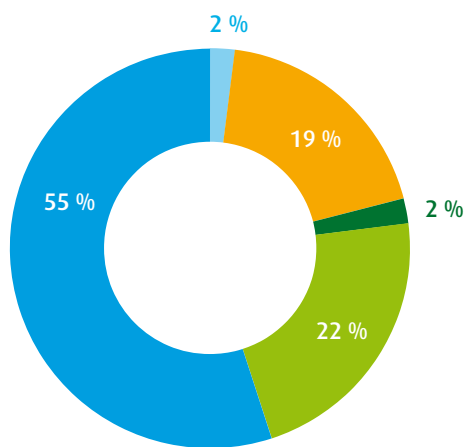


Diesen Eindruck müssen Abiturienten und angehende Lehrer gewinnen, wenn sie sich auf der Homepage des Mainzer Bildungsministeriums informieren. Mit Pluspunkten sollen Anreize für ein Lehramtsstudium geschaffen werden. Wir greifen zwei von sechs Pluspunkten heraus:

- Hohe Einstellungszahlen in jedem Jahr: Rheinland-Pfalz gehört zu den wenigen Ländern, in denen kontinuierlich in jedem Jahr Lehrkräfte eingestellt werden.
- Beförderungsmöglichkeiten in allen Lehrämtern und Schularten.
- Um die Unentschlossenen überzeugen zu können, werden weitere Pluspunkte für die persönliche Lebensplanung versprochen:
- Ob in den städtischen Zentren oder in den wunderschönen rheinland-pfälzischen Kultur- und Tourismusregionen – überall sind Lehrerinnen und Lehrer gefragt.
- Wohnortnahe Schulangebote in allen Regionen des Landes – der Pluspunkt für Ihre eigenen Kinder.

Die zukünftige Einstellungspraxis wird zeigen, wie ernst das Bildungsministerium seine Werbebotschaft nimmt.

Schulabgänger von Integrierten Gesamtschulen 2011



Quelle: Statistische Landesamt

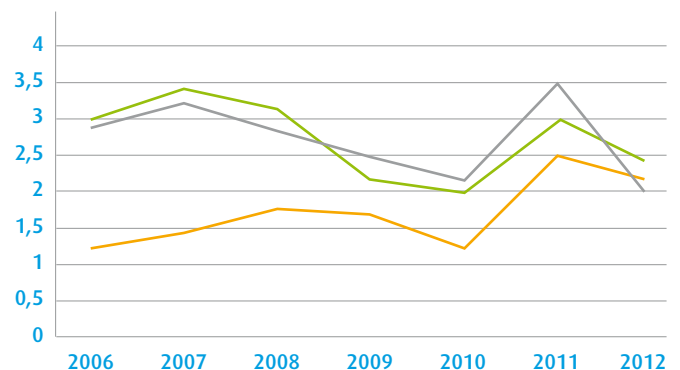
Abschlussart	Zahl
ohne HS-Abschluss	116
mit HS-Abschluss	1.142
mit Realschulabschluss	2.817
mit schul. Teil FH-Reife	109
mit Allg. Hochschulreife	952

Legende

- ohne HS-Abschluss
- mit HS-Abschluss
- mit Realschulabschluss
- mit schul. Teil FH-Reife
- mit Allg. Hochschulreife

Versorgungsdefizit an den Schulen der SI

	RS plus	IGS	Gymnasien
2006	1,2	3	2,9
2007	1,4	3,4	3,2
2008	1,7	3,2	2,8
2009	1,6	2,2	2,5
2010	1,2	2	2,2
2011	2,5	3	3,5
2012	2,2	2,4	2



Duale Studiengänge

Verbindung von Theorie und Praxis zunehmend beliebter

Die duale Berufsausbildung ist sicher ein wichtiger Grund dafür, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland vergleichsweise niedrig ist. Inzwischen hat sich auch im Hochschulbereich gezeigt, wie motivierend und erfolgreich die Verflechtung von Theorie und Praxis ist. Das Angebot Dualer Studiengänge wächst auch in Rheinland-Pfalz ständig.



„Nach der Allgemeinen Hochschulreife oder dem Fachabitur beginnt für viele die Qual der Wahl: Studium oder Ausbildung? Diese Entscheidung ist dabei nicht zwingend“, sagt Wissenschaftsministerin Doris Ahnen. „In Rheinland-Pfalz bietet sich mit den dualen Studiengängen eine dritte Variante, die sich bereits zur Erfolgsgeschichte entwickelt hat. Mit dem wachsenden Angebot von dualen Studiengängen – zum Wintersemester 2012/13 sind es bereits 48 – ist es immer mehr jungen Menschen möglich, Studium und Ausbildung miteinander zu verbinden. ... Die Studierenden lernen so Betriebsabläufe bereits während ihres Studiums kennen – in einer idealen Kombination von Praxis, betriebsspezifischem Know-how und wissenschaftlicher Theorie. Gleichzeitig gewinnen Unternehmen dringend benötigte Fachkräfte, was sich an den hohen Übernahmequoten nach Abschluss des Studiums ablesen lässt“, erläutert die Ministerin in einer Presseerklärung.¹

Qualifizierte Kräfte sichern

Das Duale Studium ist ein idealer Anschluss an den Erwerb der Fachhochschulreife. Wird das Fachabitur an der Fachoberschule erworben, ist den Absolventen die Dualität bereits geläufig. Die Betriebe, die mit den Fachhochschulen kooperieren, haben die Möglichkeit, die jungen Studenten im Betrieb zu halten und nach dem Bachelor-Examen weiter zu beschäftigen. Die Angst mancher Ausbildungsbetriebe, qualifizierte Kräfte an die Hochschule zu verlieren, wird damit reduziert.

Das duale Studium wurde in den 1970er Jahren in Baden-Württemberg entwickelt und ist mittlerweile zu einer deutschen (und teilweise sogar europäischen) Erfolgsgeschichte geworden.²

Dachmarke DHR gegründet

Im Jahr 2008 wurde für Rheinland-Pfalz eine Geschäftsstelle in Koblenz und die Dachmarke „Duale Hochschule Rheinland-Pfalz“ (DHR) gegründet, unter der alle ausbildungsintegrierten Studiengänge des Landes zusammengefasst sind. Damit erhalten die Absolventen der Dualen Studiengänge neben dem Berufsabschluss einen akademischen Abschluss, nämlich den international anerkannten Bachelor.

2011 ging in Rheinland-Pfalz erstmals ein Duales Fernstudium an den Start. An der Fachhochschule Koblenz ist ein Fernstudiengang „Bildung und Erziehung“ möglich. Während des Studiums befinden sich die Studierenden kontinuierlich in einer Praxisstelle – gegebenenfalls auch in einer Festanstellung als Erzieher(in) – und werden sowohl vor Ort durch Praxisanleiter(innen) als auch von der Hochschule in entsprechenden Praxisseminaren fachlich begleitet.³

¹ Pressemitteilung des Bildungsministeriums vom 10. Oktober 2012

² Informationen und Studiengänge unter www.wegweiser-duales-studium.de/ bzw. www.dualehochschule.rlp.de/

³ vgl. Pressemitteilung des Bildungsministeriums vom 19. März 2011



Wolfgang Häring
haering.wolfgnag@
vdr-rlp.de

Primarbereich: Erste Ländervergleichsstudie

Rheinland-Pfalz unteres Mittelmaß

Am 5. Oktober 2012 wurde der Bericht der ersten Ländervergleichsstudie des IQB (Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen) im Primarbereich veröffentlicht. Im Mittelpunkt stehen die Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern am Ende der vierten Jahrgangsstufe in den Fächern Deutsch und Mathematik.

Auf der Homepage des IQB findet man eine elektronische Fassung des Berichts sowie eine Zusammenfassung der zentralen Befunde: www.iqb.hu-berlin.de/institut/news?pg=n009

Das IQB stellte auch Beispielaufgaben und Material ins Netz: www.iqb.hu-berlin.de/laendervergleich/LV2011/aufgaben

Wir drucken nachfolgend zwei Beispiele ab:

Beispiel Deutsch: Kompetenzbereich Orthografie

Finde die Fehler in Roberts Leserbrief! Schreibe die Wörter richtig auf:

Leserbrief

Hallo, ich heiße Robert und finde eure Zeitung interessant. besonders den Artikel über Tiger.

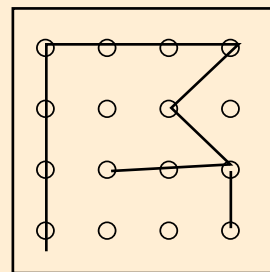
Auch über die Heuschrecken habe ich schon was gelesen. Die kiinnen in ein paar Minuten alles abfressen. Das ist schlimm, aber warum machen die das?

Darüber köntet 1hr mal was schreiben.

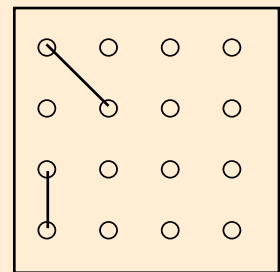
Euer Robert

Beispiel Mathematik: Kompetenzbereich Raum und Form

Übertrage das Spiegelbild von Martins Figur auf das rechte Geo-Brett.



Martins Figur



Spiegelbild

Bildungsministerin Ahnen sah in einer Pressemitteilung vom gleichen Tag die rheinland-pfälzischen Ergebnisse in Lesen und Mathematik statistisch gesehen im Bereich des Bundesdurchschnittswerts, räumte allerdings ein, dass die Platzierungen im Länderranking nicht zufriedenstellend sind:

„Im Ergebnis ermittelte das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) für die Grundschülerinnen und -schüler aus Rheinland-Pfalz für das Fach Mathematik 494 Punkte (Platz 8 im Länderranking gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern), für den Bereich Lesen 493 Punkte (Platz 12 gemeinsam mit Hessen) und für den Bereich Zuhören 487 Punkte (Platz 11 gemeinsam mit Sachsen-Anhalt). Die Kompetenzen auf dem Feld der Orthographie wurden nur in einer für Deutschland insgesamt repräsentativen Stichprobe von Grundschulen getestet.“

Auf zwei Seiten versucht die Pressemitteilung mit „allerdings-, insbesondere- und weiterhin-Ausführungen“ den ersten Schreck zu kaschieren. Die Ministerin kündigt an, auf die Lehrerverbände und

Gewerkschaften zuzugehen, um weitere Schritte bei der Umsetzung der Bildungsstandards zu entwickeln.

Am Ende „plädierte die Ministerin auch an anderen Stellen der Studie für einen besonnenen Umgang mit den Ergebnissen. Wenn in der Studie zum Beispiel zu stark auf den Fachlehrerunterricht auch in den Grundschulen abgestellt werde, könne dies mit dem vorherrschenden Klassenlehrerprinzip kollidieren.“

Welche Sorge steckt hinter einem solchen Appell?

Ist es ein Antizipieren von Betrachtungsweisen, wie sie von Heike Schmall in der FAZ (10. Oktober 2012 – Stadtstaaten im Grundschulvergleich kläglich gescheitert) formuliert wurde: „Nachdenklich machen sollte diese Studie aber auch jene, die in strukturellen Veränderungen und der Einführung integrativer Systeme die Lösung für alles sehen. Der Grundschule als Einheitsschule gelingt es schon jetzt nicht, mit den sozialen Unterschieden so umzugehen, dass sie sich nicht noch verschärfen. Weitere Heterogenität könnte das System und die Lehrer schnell überfordern.“

Selbstkritik angebracht

Bei einem Blick über den Tellerrand fällt zusätzlich auf, dass andernorts selbstkritisch und rasch reagiert wird. Die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Waltraud Wende beispielsweise führte die ebenfalls unterdurchschnittlichen Ergebnisse im Rechnen darauf zurück, „dass Mathe im Norden oft fachfremd unterrichtet werde. 38 Prozent der Lehrkräfte haben das Fach nicht studiert. In Deutsch sind es nur fünf Prozent ... Wer künftig Deutsch wählt, muss mindestens drei Seminare auch in Mathe belegen...“ (Husumer Nachrichten vom 6. Oktober 12)

Man darf gespannt sein, wo Rheinland-Pfalz, wenn sich der Rauch ein wenig verzogen hat, den Hebel der Selbstkritik ansetzt.

Wü



► FUNDSACHEN VDR-HANDBUCH

Teilzeitbeschäftigung als Selbstverständlichkeit

Das VDR-Handbuch enthält unter der Ordnungsziffer 4 Beiträge zum Themenfeld „Dienstrecht/Beamtenrecht“. Dort findet sich aktuell ein Beitrag von Cornelia Wernz zum Thema „Teilzeitbeschäftigung“. Cornelia Wernz ist im Bildungsministerium Referentin in der Referatsgruppe „Schulrecht, Personalrecht, Personalverwaltung“.

Ausgangspunkt ihres Beitrages ist der Blick auf die Vereinbarkeit der Teilzeitbeschäftigung mit dem Dienst- und Treueverhältnis des Beamten: „Die Möglichkeit, dass Beamtinnen und Beamte Teilzeitbeschäftigung in Anspruch nehmen können, wird heute als Selbstverständlichkeit angesehen. Es erscheint inzwischen kurios, dass in früheren Zeiten diskutiert wurde, ob eine Teilzeitbeschäftigung mit dem besonderen Dienst- und Treueverhältnis des Beamten und dessen gesetzlich verankerter Pflicht, sich „mit voller Hingabe seinem Berufe zu widmen“ vereinbar sei. Inzwischen wird die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung als statusrechtliche Regelung, also als grundlegender Bestandteil der Rechte und Pflichten des Berufsbeamtentums angesehen.“

Leseprobe – Textauszug (Arten der Teilzeitbeschäftigung):

3.1. Voraussetzungslose Teilzeitbeschäftigung (§ 75 Abs. 1 LBG – ehemals § 80a Abs. 1 LBG alt)

Beamtinnen und Beamte können auf Antrag eine Teilzeitbeschäftigung mit mindestens halbem Deputat ausüben. Die einzige Voraussetzung ist, dass dienstliche Gründe nicht entgegenstehen dürfen.

3.2. Teilzeitbeschäftigung aus familiären Gründen (§ 75 Abs. 4 LBG – ehemals § 87a LBG alt)

Beamtinnen und Beamte, die mindestens ein Kind unter 18 Jahren oder eine oder einen nach ärztlichem Attest pflegebedürftigen Angehörigen (also Verwandte und Verschwägte gerader Linie, Ehegatten, Lebenspartnerin oder Lebenspartner, Verlobte, Geschwister, Ehegatten der Geschwister, Geschwister der Ehegatten, Pflegeeltern und Pflegekinder) tatsächlich betreuen oder pflegen, haben einen Anspruch auf Bewilligung einer Teilzeitbeschäftigung. Ein entsprechender Antrag darf nur abgelehnt werden, wenn zwingende dienstliche Belange entgegenstehen.

Auf Antrag kann in diesen Fällen auch eine Teilzeitbeschäftigung mit weniger als halbem Deputat (unterhältige Teilzeitbeschäftigung) bewilligt werden, sofern dienstliche Belange nicht entgegenstehen.

3.3. Teilzeitbeschäftigung während der Elternzeit (§ 19a Urlaubsverordnung)

Beamtinnen und Beamte, die sich in Elternzeit befinden, können während der Elternzeit eine Teilzeitbeschäftigung mit bis zu 30 Stunden/Woche ausüben. Für den Schulbereich wird dies in der Weise umgesetzt, dass eine Teilzeitbeschäftigung im Umfang eines $\frac{3}{4}$ -Deputates bewilligt werden kann. Die Teilzeitbeschäftigung kann auch bei einem anderen Arbeitgeber erbracht werden.

Das VDR-Handbuch erscheint im Wingen-Verlag und ist die Sonderausgabe einer Loseblattsammlung, deren Grundwerk derzeit zum Preis von 29,- € (zzgl. Versand und Porto) verkauft wird. Mit 1–2 Ergänzungslieferungen jährlich wird das Werk regelmäßig erweitert und auf aktuellem Stand gehalten.

VDR-Mitglieder erhalten das Grundwerk und die Ergänzungen zu einem ermäßigten Preis. Für Neumitglieder ist das zweibändige Grundwerk Begrüßungspräsent.



„Reform“ des finanziellen Dienstrechts in Rheinland-Pfalz

„Mehr Reform = weniger Gehalt“



Auf diese einfache Formel lassen sich die Auswirkungen der Gesetzesnovellierungen im Bereich des finanziellen Dienstrechts in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren bringen.

Foto: VDR

Nächste Regelungsschritte: LBesG und LBeamtVG

Wir erinnern uns an das ‚Erste Dienstrechtsänderungsgesetz zur Sicherung der Haushaltsfinanzierung‘, das im Dezember 2011 verabschiedet wurde und seine Auswirkungen auf Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz zeigt.

Das Gesetz führt zu folgenden Verschlechterungen bei Besoldung und Versorgung:

- Festlegung der Steigerung der Besoldung in den Jahren 2012 bis 2016 um jeweils ein Prozent,
- Absenkung des Familienzuschlags für kinderlose Ehepaare auf 60 Euro,
- Verlängerung der 11. Dienstaltersstufe um ein Jahr auf 5 Jahre,
- Streichung der Vermögenswirksamen Leistungen,
- Abschmelzen der Finanzierungsfonds des Landes für den Aufbau einer teilkapitalgedeckten Vorsorge für die Finanzierung der Beamtenversorgung.

Das im Hinblick auf die Sicherung der Haushaltsfinanzierung begründete Gesetz führte Ende letzten Jahres zu mehreren Kundgebungen der Verbände unter dem Dach des dbb rheinland-pfalz. Gut in Erinnerung ist noch die Demonstration und Kundgebung auf dem Deutschhausplatz vor dem rheinland-pfälzischen Landtag. Vor allem die Festschreibung des Gehaltszuwachses auf ein Prozent jährlich während der nächsten fünf Jahre stieß auf den gebündelten Protest der Kolleginnen und Kollegen.

Die Reform des finanziellen Dienstrechts in Rheinland-Pfalz geht nun in die nächste Runde.

Es geht in den kommenden Monaten um die Novellierungen des Landesbesoldungsgesetzes (LBesG) und des Landesbeamtenversorgungsgesetzes (LBeamtVG).

- Die Gesetzesentwürfe wurden aus den entsprechenden eingefrorenen Bundesgesetzen auf dem Stand von 2006 abgeleitet und sollen in RLP mit Beginn des nächsten Jahres verabschiedet werden, um zum 01.07.2013 in Kraft treten zu können.
- Die Stellungnahmen der Verbände und Gewerkschaften im Rahmen des Verbändebeteiligungsverfahrens liegen vor und wurden vom dbb landesbund rheinland-pfalz der Landesregierung vorgetragen
- Die Gesetzesentwürfe führen zu einer vollständigen Neuordnung des Besoldungs- und Versorgungsrechts des Landes und beenden das Nebeneinander von bundes- und landesrechtlichen Regelungen.
- Die erste Beratung des Gesetzentwurfs im Landtag ist für Mitte Dezember geplant.
- Die Gesetze sollen im Frühjahr 2013 verabschiedet werden.
- Das Inkrafttreten ist zum 01.07.2013 vorgesehen.

Wir werden unsere Mitglieder rechtzeitig über Aktionen des dbb informieren und zur Teilnahme aufrufen.

Lesen Sie in der Online-Fassung dieses Beitrages, was in den Gesetzesentwürfen steckt und welche Forderungen wir dem entgegensetzen.

Sie finden dort auch eine Liste positiver Entwicklungen, die es neben den Einschränkungen, die uns das Land in den letzten Jahren abverlangt hat, auch gibt. Sie wurden in der Regel durch Gerichtsentscheide erzwungen.



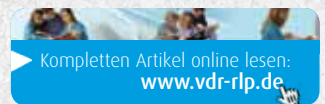
GUTER PLAN?

Arbeitsentlastung für Hamburgs Lehrkräfte

Hamburgs Schulsenator Ties Rabe (SPD) zeigt Verständnis für seine Lehrkräfte. „In den letzten Jahren haben die Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer deutlich zugenommen“, stellt er in einer Pressemitteilung vom 3. September 2012 fest. Er will deshalb die Lehrkräfte entlasten und zugleich den Unterricht verbessern. Was er sich dazu ausgedacht hat, lesen Sie in der vollständi-

gen Presseerklärung des Senators in der Online-Ausgabe. Ihr Urteil können Sie sich dann selbst bilden.

Hr



Emnid-Elternumfrage:

Gerechte und engagierte Lehrer



Im Auftrag von JAKO-O hat das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid bundesweit 3.000 Eltern in Deutschland mit Kindern im Alter bis zu 16 Jahren u. a. zu den Themen **Bildung, Lehrer und eigene Erziehungsleistung** befragt. Zwar bescheinigen die Eltern den Lehrern eine hohe Fachkompetenz, haben aber oft den Eindruck, Aufgaben zu übernehmen, die eigentlich in die Schule gehören.

Ergebnis-Beispiele im Überblick

- **Inklusion – Zustimmung und Skepsis:** Dem gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen (Inklusion) stimmen Eltern nicht vorbehaltlos zu. Wenn es um körperlich beeinträchtigte Kinder und Kinder mit Lernschwierigkeiten geht, findet der gemeinsame Unterricht große Unterstützung bei den Eltern: 89 % bzw. 72 %. Die unterrichtliche Integration von Kindern mit geistigen Behinderungen und solchen mit Verhaltensauffälligkeiten wird dagegen nur von knapp der Hälfte (jeweils 46 Prozent) unterstützt.
- **Lehrer – kompetente Einzelkämpfer:** Mit 90 Prozent Zustimmung sind fast alle befragten Eltern von der Fachkompetenz der Lehrer überzeugt. Mindestens acht von zehn Befragten halten Lehrer zudem für gerecht und engagiert. Den Einsatz von neuen Unterrichtsmethoden erkennen dagegen nur 63 Prozent der Eltern. Nur 68 Prozent meinen, dass die Lehrer sich untereinander gut absprechen.
- **Eltern unter Druck:** 91 Prozent der befragten Eltern fühlen sich verpflichtet, sich intensiv um die schulischen Leistungen ihrer Kinder zu kümmern. 60 Prozent beklagen, dass sie Dinge leisten müssten, die eigentlich Aufgabe der Schule wären.

Bewertung

Es lohnt sich, Bildungsfragen und auch sich selbst im Spiegel der Elternschaft zu sehen. Und: Ich stelle mir vor, wie hoch der Anteil der Lehrerinnen und Lehrer wäre, die beklagen, dass sie Dinge leisten müssen, die eigentlich Aufgabe der Eltern wären... Wer hilft, den Erwartungsabstand zwischen den Erziehungspartnern zu verringern?

Wü/Quelle: www.jako-o.de/engagement-aktionen-fuer-kinder-freundlichkeit-bildungsstudie-2-jako-o-bildungsstudie--00026001

► VDR-ERZIEHUNGSOFFENSIVE: Im Gespräch mit Dr. Michael Winterhoff, Teil 2

Tyrannen müssen nicht sein!



Im ersten Teil des Gesprächs machte der Bonner Kinderpsychiater Dr. Michael Winterhoff deutlich, dass wir es in der Schule mit einer „neuen Gruppe“ von Kindern zu tun haben, die verhaltensauffällig sind und den Unterricht stören. Verantwortlich seien hierfür Defizite in der frühkindlichen Entwicklung. Im zweiten Teil des Gesprächs zeigt Dr. Winterhoff Möglichkeiten aber auch Grenzen schulischer Einflussnahme auf und plädiert hinsichtlich dieser Kinder für eine andere Zugangsweise der Lehrkräfte.

RBiRLP: Wie geht man denn mit Schülerinnen und Schülern um, die über keine ausgebildete Frustrationstoleranz verfügen? Kann Schule diese im Nachhinein vermitteln?

Dr. Michael Winterhoff: Nein, weil dort nicht der eigentliche Fehler liegt. Diese Schüler haben ja nicht nur eine fehlende Frustrationstoleranz, sie sind gar nicht in der Lage Konfliktzusammenhänge zu erkennen und sind oftmals nur lustorientiert. Sie haben es als Lehrer also mit einer ganzen Palette von Schwierigkeiten zu tun und können das daher nicht monokausal

Bestimmte Schüler können Konfliktzusammenhänge gar nicht erst erkennen.

sehen. Der gesamte Unterbau fehlt. Und darum stellt sich die Frage, wie kann erreicht werden, dass der Schüler sich so weit entwickelt, um wahrzunehmen, ich sitze im Unterricht und habe ein Gegenüber. Für diese Schülergruppe müsste ein neues Konzept entwickelt werden: Schu-

le findet dann z. B. ein halbes Jahr nicht im herkömmlichen Sinne statt, stattdessen nehmen wir die Kinder ganztägig in Gruppen von zwölf Kindern und fangen bei den Prinzipien von Kleinkindern an. Kleinkinder – und damit die auffälligen Schüler – brauchen einen Erwachsenen, der in sich ruht, d. h. auch, es muss Ruhe in die Abläufe gebracht werden.

Diese Kinder reagieren hochsensibel und kontraproduktiv auf Druck, sobald sie diesen spüren. Das bedeutet, dass in die Abläufe mehr Zeit investiert werden muss und darum dürfen die Lehrer auch selbst nicht unter dem Druck stehen, ein gewisses Lernpensum zu erreichen.

Das zweite ist, dass das Gehirn dieser Kinder diffus ist, sie haben keine Orientierung. Es werden also sehr viele Rituale, wie z. B. bei der Begrüßung, benötigt, damit sie überhaupt registrieren, dass der Unterricht beginnt.

Das dritte ist, die Basis der Psyche kann nur durch Anleiten gebildet werden. Anleiten aber nicht im Sinne von „beibringen“, sondern anleiten, damit das Gehirn erkennt, dass es innerhalb eines gewissen Ablaufs eine Reihenfolge gibt. Ich gebe dem Gehirn also bei den nichtentwickelten Kindern immer wieder Reihenfolgen. Je mehr ich das als Lehrer berücksichtige, desto besser kann sich die Basis der Psyche bilden.

RBiRLP: Hier ist doch letztlich das Üben gemeint. Und Sie sagen ja, guter Unterricht beinhaltet immer die gleichen Abläufe, damit das Gehirn bestimmte Ellipsen durchläuft und einübt. Das ist aber immer mehr in den Hintergrund geraten.

Dr. Michael Winterhoff: Ja, aber das ist Lerntheorie. Ich sehe das nicht unter dem Aspekt des Lernens. Mir geht es zunächst



Buch von Michael Winterhoff:
„Lasst Kinder wieder Kinder sein!
Oder: Die Rückkehr zur Intuition“
ISBN: 978-3-579-06750-6

nicht darum, dass diese Schüler später lesen und schreiben können. Wir haben es jetzt mit einer neuen Gruppe zu tun, die über die Voraussetzungen dafür gar nicht verfügen. Es stellt sich die Frage, wie ich ihnen diese Voraussetzungen geben kann. Und darum muss der Fokus ein anderer sein: Ich leite an, aber in dem Bewusstsein, dass es hier nicht um Lerninhalte geht, sondern nur um die Möglichkeit, dass das Gehirn Reihenfolgen erkennt, weil sie das bislang noch nicht erfahren konnten. Es geht also um eine Grundorientierung. Wir reden von der Entwicklung von emotionaler Psyche, die immer auf der Beziehungsebene gebildet wird.

RBiRLP: Fassen wir zusammen: Die Bildung der Basis von Psyche durch Anleitung muss viel früher einsetzen, da Schule nur einen begrenzten Einwirkungsgrad hat, diese zu entwickeln. Strukturierung und Rituale sind dabei von elementarer Bedeutung. Kann das von einem einzelnen Kollegen überhaupt befördert werden? Müssen die Kollegen mehr kooperieren, z. B. „eine“ Aufgabekultur entwickeln oder „einen“ Regelkatalog gemeinsam verabreden, damit die Kinder bei jedem Lehrer die gleichen Abläufe erkennen.

Dr. Michael Winterhoff: Das ist natürlich jetzt sehr vielschichtig. Man müsste früher ansetzen, heißt nicht, dass jeder von uns in der Verantwortung ist, etwas für die Kinder zu tun. Trotzdem muss man jetzt was tun.

Wenn ich einen Wunsch hätte, wie man mit den zukünftigen Kindern umgehen sollte, dann müsste zuerst die Arbeit im Kindergarten neu konzipiert werden, weil diese hier in die falsche Richtung geht. Der Beginn ist offen, das Ende ist offen, auch deshalb wird emotionale Psyche nicht mehr gebildet.

RBiRLP: In der Grundschule wird das Unterrichten übrigens auch mehr und mehr „geöffnet“ und die „Selbstständigkeit“ des Kindes in den Vordergrund gestellt.

Dr. Michael Winterhoff: Ja! Aber es gibt keinen Aufruhr in diesem Land. Das ist fatal. Da sind Leute verantwortlich, die

auch im politischen Bereich diese Selbstständigkeitskonzepte propagieren, die bereits selbst schon in der Kompensation sind, Kinder als Partner sehen und geliebt werden wollen.

RBiRLP: Wenn Sie jetzt auftreten und ihre teilweise erschreckenden Zahlen nennen, dann treffen Sie sicherlich auch auf Menschen, die ihren Gedanken nicht folgen können und die Kinder lieber partnerschaftlich sehen?

Dr. Michael Winterhoff: Ja, aber diese Personen hören mir erst gar nicht zu, auch wenn ich gar nicht behaupte, dass alles, was heute läuft, schlecht ist. Ich werte nicht. Wenn ein entwickeltes und intelligentes Kind Eltern hat, die vieles mit ihm auch außerhalb der Schule unternehmen, dann sind für diese Kinder offene Unterrichtsformen eine denkbare Variante. Kinder aber, die diesen Entwicklungsstand nicht haben, erleben ja jetzt auch außerhalb der Familie, wo sie sich schon nicht entwickeln können, wieder, dass sie nur auf sich gestellt sind und haben deshalb keine Chance. Daher müsste man sich bereits im Kindergarten auf diese Kinder einstellen.

Ich habe bisher niemanden gefunden, der untersuchen möchte, wie viele Kinder überhaupt betroffen sind. Wenn es tatsächlich so viele Kinder sind, wie ich vermute, dann müsste man an anderen Systemkonzepten arbeiten. Dann bräuchte es eine Vorschule, in der man ein Jahr konzentriert nur mit diesem Hintergrund arbeitet und es bräuchte natürlich eine Grundschule, in der Kinder sehr persönlich an den Lehrer gebunden werden.

RBiRLP: Es kommt also auf Beziehung an, das ist ja der Kern des Ganzen. Und uns kommt es auch auf die Erziehungsoffensive an, die wir als Verband begonnen haben. Man kann also auch sagen, da müsste auch eine Beziehungsoffensive daraus werden.

Zu den Gruppengrößen, die Sie eben bereits ansprachen: In den Realschulen plus, wo wir auch mit den Kindern zu tun haben, haben wir 25–30er Klassen. Da muss man doch sagen, dass der Lehrer dort auf verlorenem Posten steht. Wie kann man den Lehrer stärken? Der VDR fordert

kleinere Klassen, wir brauchen weniger Unterrichtsverpflichtung für Lehrer, ansonsten ist diese Aufgabe für Lehrer gar nicht zu meistern. Und nochmals die Frage: Wären mehr Absprachen und kollegiale Kooperationen hilfreich?

Dr. Michael Winterhoff: Also, zu dem Punkt Beziehung: ja! Aber diese ist zunächst einseitig, weil der betroffene Schüler erst gar nicht in eine Beziehung geht. Mit 30 Schülern zu arbeiten und dann zu hoffen, dass sie sich psychisch entwickeln, da sind die Chancen gering. Das Wichtigste ist aber Erkenntnis! Wenn ich erkenne, dass es hier um eine besondere Störung geht, die es bisher so nicht gab, gehe ich ja mit einem ganz anderen Verständnis an die Schüler ran. Unterrichtsstörungen dieser Schüler sind nicht mehr erklärbar über Motive, die Sie kennen: Pubertät, schwieriges soziales Umfeld usw.

Die Kinder, von denen ich rede, die wollen nicht „Ihren Unterricht“ kaputt machen, sondern sie bestätigen nur fortlaufend ihr Bild, dass sie Sie steuern und bestimmen können. Wenn ich also als Lehrer weiß, dass diese Kinder nicht sozialkompetent sein können, dann nehme ich erst einmal eine ganz andere Haltung ein. Man sollte sich dem öffnen, dass hinter der Fassade etwas ganz anderes steckt. Das zweite ist, dass ich als Lehrer erkennen muss, dass es nicht nur mein spezielles Problem ist, dass ich an diesen Schülern scheitere, sondern meinem Kollegen geht es genauso. An meiner Schule muss ich deutlich machen, dass wir *alle* diese Probleme haben. Dann muss man gemeinsam das Problem angehen als Team, denn es braucht einen einheitlichen Rahmen, was Abläufe und Regeln anbelangt.

RBiRLP: Dieses Regelwerk muss von allen Kollegen eingehalten werden?

Dr. Michael Winterhoff: Ja! Aber für das alles muss die Voraussetzung sein, dass Kinder als Kinder gesehen werden und den Kollegen muss nähergebracht werden, dass es diese Kompensationsmöglichkeiten gibt.

Die DVD, die ich dazu entwickelt habe, eröffnet hier einen Zugang. Hier wird auch klar, dass es „dem Winterhoff“ um etwas Neues geht. Und dann muss im

Kollegium die Bereitschaft zur Einsicht vorhanden sein. Und erst dann kann Einigkeit im Hinblick auf ein gemeinsames Regelwerk erzielt werden. Welche Regeln Sie aufstellen, ist letztlich nebensächlich. Wichtig ist, dass das Regelwerk für sich steht und weg vom Lehrer ist, denn Sie wollen Beziehungen eingehen. Wenn Sie das Regelwerk sind, dann ist Ihre Beziehung zu den Schülern immer gefährdet.

Ein gemeinsames Regelwerk für das komplette Lehrerteam erstellen.

Machen Sie sich als Lehrerkollegium zur gemeinsamen Aufgabe, Kinder und Jugendliche lebensfähig zu machen. Wir sind diesbezüglich ein Entwicklungsland geworden! Die Lehrer müssen ein Team sein und Kinder als Kinder sehen. Erst dann kommen Sie dahin, sich auf einen gemeinsamen Rahmen zu einigen, der auch von *jedem* angewendet wird und auch angewendet werden muss.

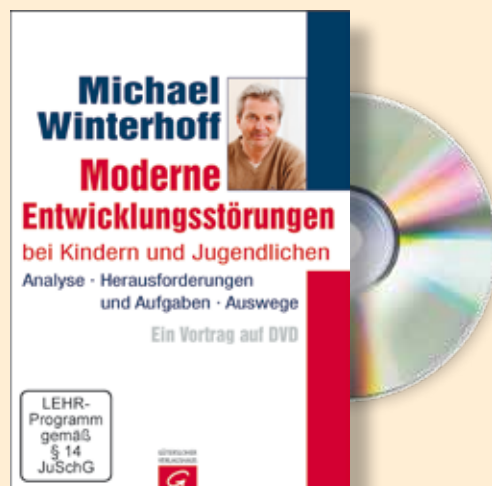
Und dann wäre der nächste Schritt zu sagen, wir gehen mit einem anderen Bild auf die Schüler zu und nehmen die Kinder als Kinder an. Um das bei den Kindern aufzubauen, braucht es Zeit. Der Einsatz lohnt sich! Je jünger die Kinder sind, desto einfacher ist das Ganze.



In der nächsten Ausgabe von RBiRP veröffentlichen wir den dritten und damit letzten Teil des Gesprächs mit Dr. Winterhoff.

In der Online-Ausgabe finden Sie zudem eine Buchrezension von Dr. Gläßer, Leiterin des Projekts „Lehrergesundheit“ der ADD Trier.

Verlosung: *Unter allen Einsendern verlosen wir 5 Exemplare von Michael Winterhoffs aktueller DVD „Moderne Entwicklungsstörungen“. Schicken Sie bei Interesse bis zum 31. Dezember 2012 eine Mail an radigk.martin@vdr-rlp.de.*



MINT gewinnt

Beispiel erfolgreicher Umsetzung schulischer Berufsorientierung



Bei einer Fachtagung des VDR Bundesverbandes und des Zentralverbands Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZdK) stand das Beispiel einer gelungenen Kooperation einer niederbayerischen Realschule mit mittelständischen Unternehmen und der Großindustrie im Mittelpunkt.

Es handelt sich um die Realschule in Arnstorf. Sie sieht ihre erfolgreiche Schulentwicklung in folgendem Kooperationsrezept: Man braucht dazu eine Gemeinde, die Schulentwicklung fördert, ein Großunternehmen, das eine Schule sponsert eine Schule, die die Gelegenheit beim Schopfe packte und eine Wirtschaftsstruktur in der Umgebung, die attraktive Ausbildungs- und Arbeitsplätze vorhält...

Arnstorf – ein Schulstandort in Niederbayern

Die Gemeinde Arnstorf in Niederbayern ist mit 7.000 Einwohnern und einer Vielfalt an Industrie-, Dienstleistungs- und Handwerksbetrieben der zweitgrößte Industriestandort des Landkreises Rottal-Inn. Die Realschule in Arnstorf ist mit ca. 800 Schülerinnen und Schülern eine der großen Realschulen Niederbayerns. Im Schulgebäude ist eine Mittelschule (früher Hauptschule) mit etwa 200 Schülerinnen und Schülern untergebracht, die unabhängig von der Realschulverwaltung arbeitet.

Auf dem weitläufigen Schulgebäude befindet sich als Hauptgebäude ein Umbau des alten Schulgebäudes mit dem Neubau einer dreiteiligen Turnhalle und einer Schulmensa. Großzügige Räumlichkeiten und eine optisch und akustisch hervorragend abgestimmte Innenraumgestaltung kennzeichnen diese Schule, die Schulleiter Realschuldirektor Jochen Böhm 2006 übernommen hatte.

Es gelang am Standort der alten Hauptschule, die zu dieser Zeit nur noch 200 Schüler hatte, eine Realschule zu gründen und getrennt von der Hauptschule zu führen.

Ein großer ortsansässiger Bauunternehmer konnte als Sponsor für den Ausbau des Schulzentrums gewonnen werden. In enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde Arnstorf wurden insgesamt 19 Mill. Euro investiert um der Schule ihr heutiges Aussehen und Raumangebot zu schaffen.

Über mangelnden Zuspruch kann sich die Schule nicht beklagen: Selbst aus weit entfernten Gemeinden pendeln Schülerinnen und Schüler trotz des dadurch recht hohen Eigenbeitrages für die Schülerbeförderung ein.

Bedeutung der MINT-Fächer im Schulprofil der Realschule Arnstorf - MINT macht Schule

Die Frage, warum die Realschule in relativ kurzer Zeit einen solchen Aufschwung genommen hat, wird von Realschuldirektor Jürgen Böhm mit dem auf die MINT-Fächer ausgerichteten Schulprofil und der Passung von schulischer Ausbildung und dem ortsansässigen und ortsnahen Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen erklärt, die für die Schülerinnen und Schüler der Realschule nach einem guten Realschulabschluss den direkten Anschluss zu Ausbildung und Beruf schaffen. So entstand eine Win-Win Situation, die sich für alle Beteiligten als vorteilhaft erwiesen hat.

Dabei erweist sich der Bereich der MINT-Fächer und das Konzept mathematisch-naturwissenschaftlicher Bildung als Schlüssel zum Erfolg. Von Klasse 5 an gibt es durchgehend einen Mathematikunterricht, der anfänglich mit fünf Wochenstunden angeboten wird und ab der Mittelstufe durch Physik und Chemie ergänzt wird. Durchgehend werden Angebote in Informationstechnologie gemacht und je nach Interesse und Schwerpunkt belegt, erklärte der Zweite Realschulkonrektor Andreas Scheungrab.

Ab der Klassenstufe 6 werden bayernweit zentral gestellte Leistungserhebungen bis Klasse 9 durchgeführt und am Ende der Klasse 10 wird mit einer zentral gestellten Abschlussprüfung der Realschulabschluss erworben.





► LESERBRIEFE

Wer an Lehrerstellen spart, spart an den Zukunftschancen unserer Kinder

Uns haben wieder E-Mails und Leserbriefe von jungen Kolleginnen und Kollegen erreicht, die ihre berechtigten Zukunftsängste zum Ausdruck bringen. Der VDR sieht die Landesregierung in der Pflicht, ausreichend Planstellen für die Abgänger der Studienseminare zur Verfügung zu stellen. Die Sparanstrengungen im Bildungsbereich gehen zu Lasten einer ganzen Generation von Junglehrerinnen und Junglehrer, die mit Angst in eine ungewisse

Zukunft blicken. Es ist zu befürchten, dass viele frisch ausgebildete und motivierte Kolleginnen und Kollegen in die benachbarten Bundesländer abwandern. Wer an der Bildung und damit auch an Lehrerstellen spart, spart an den Zukunftschancen der rheinland-pfälzischen Kinder. Darum setzt sich der VDR beharrlich für die Interessen der Lehramtsanwärter und Seminarabgänger ein!

Sehr geehrter Herr Eich,

Lehrer braucht das Land. Am besten junge, motivierte und gut ausgebildete Lehrkräfte, die unserem Bundesland zu einem besseren Ranking bei der PISA-Studie verhelfen. Dies oder ähnliches kann ich immer wieder in der Zeitung lesen. Doch von der „eigentlichen Wahrheit“ berichtet niemand.

Junglehrer gibt es viele. Nur Planstellen gibt es keine. Nun ja, wir wollen ja nicht lügen, immerhin gab es zu diesem Schuljahr eine Handvoll – aber leer geht eine Menge junger und dynamischer Menschen aus, die endlich ihrem Beruf nachgehen wollen. Die meisten von uns werden mit einer Vertretungsstelle ruhig gestellt. ...

Immer wieder hören wir unsere Politiker erzählen, dass sie in Bildung investieren. Wir Junglehrer fragen uns nur: „Wo?“ Warum sorgt man nicht dafür, dass wir nach unserem Hochschulstudium einen ordentlichen Arbeitsplatz erhalten und unserem Traumberuf nachgehen können? ... Da soll man als Referendar oder Vertretungslehrer motiviert sein und sich in der Schule einbringen? Aus eigener Erfahrung kann ich Ihnen sagen, dass die Motivation sinkt, egal wie sehr man dagegen ankämpft. Allein die Ungewissheit die Zukunft betreffend frisst einen regelrecht auf.

Nach meinem Studium absolvierte ich erfolgreich mein Referendariat. Voller Hoffnung wartete ich auf den Anruf der

ADD. Doch der blieb erst mal aus. So erging es vielen meiner Kollegen. Manche von ihnen fahren jeden Morgen unglaubliche Strecken für einen befristeten Arbeitsvertrag. Die meisten von uns waren und werden über die Ferien arbeitslos. Wissen Sie überhaupt, wie erbärmlich man sich fühlt, nach jahrelangem Studium und Lernen keinen wirklichen Erfolg zu verspüren, sondern sogar im schlimmsten Fall Hartz 4 beantragen zu müssen? Da redet man irgendwann nicht mehr von dem Traumjob.

Schlimm finden die meisten von uns auch die Situation der Ungewissheit für die Schülerinnen und Schüler. Die Kinder und Jugendlichen an unseren Schulen leiden unter dem ständigen Lehrerwechsel. Zu jedem Halbjahr müssen sie bangen, ob ihre Englischlehrerin oder ihr Mathematiklehrer gehen muss oder der Schule erhalten bleibt. Wie können damit die PISA-Ergebnisse verbessert werden? Die meisten Eltern wissen wahrscheinlich kaum um die Situation an den Schulen und um das, was ihre Kinder innerhalb ihrer Schullaufbahn mitmachen müssen, denn die Statistiken beschönigen m. E. unser Problemkind Schule.

Sollte unser System nicht mal überdacht und energisch hinterfragt werden?

Mit freundlichen Grüßen,

H.S.

Hallo Herr Eich,

mit Interesse habe ich die Ausgabe 3/2012 der VDR-Zeitschrift gelesen. ... Der Leitartikel „Arbeit statt MehrArbeit“ stellt anschaulich dar, wie sich das Tätigkeitsfeld verändert und mehr Stellen geschaffen werden müssen, um der Schulentwicklung und deren Qualitätsstandards überhaupt gerecht zu werden. ... Der VDR-Kommentar zum fairen Umgang mit den Lehramtsanwärtern fasst die Ängste und Befürchtungen der künftigen Lehrergeneration treffend zusammen.

Da ich mich selbst im Vorbereitungsdienst befinde, teile ich diese Sorgen ebenfalls. Gerade als angehender Junglehrer stellen die alltäglichen Erzählungen bezüglich der Schwierigkeit eine Planstelle zu „ergattern“ eine allgegenwärtige Belastung dar. Gerade deshalb bin ich froh, dass diese Bedenken von Ihnen aufgegriffen werden. Es ist wichtig eine starke Interessengemeinschaft im Rücken zu haben.

Freundliche Grüße, S. B.



GEFAHRENQUELLE SMARTPHONE: Unterrichtshilfen des Verbraucher- schutzministeriums



Smartphones sind aus dem heutigen Alltag nicht mehr wegzudenken. Doch neben den zahlreichen Nutzungsmöglichkeiten, die ein solches Gerät bietet, stellt es auch eine potentielle Gefahrenquelle im Bereich des Datenschutzes dar.

Aus diesem Grund bietet das Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (mju), der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit sowie die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz das Informationsangebot „Smartphones und Apps: Spione in der Hosentasche“ an. Das zugehörige Faltblatt gibt Antworten auf Fragen wie „Was verrät ihr Smartphone über Sie?“, „Wer hat Interesse an Ihren Daten?“ oder „Was können Sie zu Ihrem Schutz tun?“.

Und da der sichere Umgang mit Smartphones und Apps besonders für Jugendliche immer relevanter wird, finden Lehrkräfte auf der mju-Homepage vielfältiges Unterrichtsmaterial zu Themen wie „Nutzerrechte“, „Schutz vor Schadsoftware“ oder „Tipps gegen Kostenfallen“.

wü/Quelle: www.mju.rlp.de/Verbraucherschutz/Wirtschaftlicher-Verbraucherschutz/Smartphones-und-Apps/

SICHERHEIT IM NETZ:

Virenschutz-Software auch für private Schülerrechner kostenlos

Der Computer spielt auch im schulischen Bereich eine immer größere Rolle. Weil die Gefahr von diversen Viren, Trojanern und anderer Schadsoftware allgegenwärtig ist, stellt das Bildungsministerium Rheinland-Pfalz die anerkannte Antivirensoftware „G Data“ für alle schulischen und privaten PCs von Lehrern und Schülern kostenlos zur Verfügung.

Schulen, die besagte Software für sich nutzen möchten, erhalten ihre Schullizenz auf Anfrage beim Pädagogischen Landesinstitut (PL). Interessierte Schüler können diese dann auch für ihren privaten Rechner an ihrer Schule bekommen.

Kontakt zum PL: Pädagogisches Landesinstitut, Ref. 4.07 „Schulische IT-Dienstleistungen“, Hofstr. 257 c, 56077 Koblenz, virenschutz@pl.rlp.de

wü/Quelle: [http://eltern.bildung-rp.de/newsletter/einzelanzeige.html?tx_ttnews\[tt_news\]=2803&cHash=2b1743db01e61e67ec495409afb23d34](http://eltern.bildung-rp.de/newsletter/einzelanzeige.html?tx_ttnews[tt_news]=2803&cHash=2b1743db01e61e67ec495409afb23d34)

MUSIKWETTBEWERB FÜR SCHÜLER:

Eigene Stücke auf französisch komponieren und aufnehmen



FrancoMusiques ist ein Schülerwettbewerb des Cornelsen Verlags, der Französischen Botschaft und des bureauexport. Jugendliche sind aufgerufen ein eigenes Lied in französischer Sprache zu komponieren, zu schreiben und zu singen. Teilnehmen können alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen 1 und 2 in Deutschland. Egal ob als Gemeinschaftsprojekt in der Klasse oder

als Einzelbeitrag – jeder kann mitmachen. Inspiration liefert die Musik-CD FrancoMusiques 2012/13, die online auf www.cornelsen.de kostenfrei geordert werden kann. Auf die drei Gewinnerteams warten Geldpreise im Wert von insgesamt 2.000 Euro für die Klassenkasse. Einsendeschluss für die Beiträge ist der 31. Januar 2013.

Außerschulischer Lernort

Reiss-Engelhorn-Museen (rem) Mannheim mit neuen Impulsen



Die rem möchten die Zusammenarbeit mit Schulen durch Kooperationen intensivieren. Karin Brugger, Museumspädagogin für Sonderausstellungen, leitet dieses Projekt. Für den VDR sprach Gudrun Deck mit ihr.

Frau Brugger erläuterte die erweiterten Angebote. Mit einem umfassenden museumspädagogischen Programm führen die Reiss-Engelhorn-Museen Kinder und Jugendliche an das kulturelle Angebot der Museen heran. Auf die „Schulseite“ kommt man hier: www.rem-mannheim.de/schulen/materialien.html

Im Bereich der Sonderausstellungen werden vielseitige museumspädagogische und familiengerechte Begleitveranstaltungen erarbeitet. Neben Führungen werden auch handlungsorientierte Programme von der Grundschule bis zur Oberstufe angeboten. Zu jeder großen Sonderausstellung wird eine speziell für den Unterricht erstellte Lehrerhandreichung bereitgehalten. Diese ist für unterschiedliche Fächer aufbereitet und beinhaltet sowohl Arbeitsmaterial und Arbeitsaufträge als auch einen Erwartungshorizont. Eine spezielle Informationsveranstaltung für Pädagogen findet zu Beginn jeder großen Sonderausstellung statt. Dere monatliche Schulnewsletter bietet aktuel-

► ERZIEHUNGSOFFENSIVE

Machen wir es Jugendlichen schwer, wenn wir es ihnen leicht machen?

Erschreckend hohe Abbrecherquoten in Lehre und Studium

Lückentexte statt Diktate, Multiple Choice statt Antworten formulieren, Arbeitsblätter statt Bücherstudium, höchstens eine Leistungskontrolle pro Woche, Vermeidung der G8-Gymnasien, keine Übertragung häuslicher Pflichten. Die Liste lässt sich fortsetzen. Anstrengung verhindern – Stress vermeiden – Spass haben! Das ist die Devise.

Doch bereiten wir unsere Schülerinnen und Schüler damit wirklich angemessen auf Studium oder Beruf vor? Wenn man die Abbrecherquoten in Lehre und Studium erfährt, muss das bezweifelt werden. Der Wert des Abiturs als Studienbefähigung wird zunehmend bezweifelt.¹ Der Anteil der Studienabbrecher nähert sich der 30-Prozent-Marke. In Mathematik (55 %), Informatik (47 %), Maschinenbau und Elektrotechnik (53 %), Chemie (43 %) und Physik (39 %) sind die Abbruchquoten besonders hoch.² Ähnliche Probleme gibt es bei der Dualen Ausbildung.

Dort wird die Lehre nicht selten deshalb abgebrochen, weil allgemeine Tugenden wie Pünktlichkeit, Leistungsbereitschaft, Höflichkeit im Umgang mit Kunden, etc. fehlen. Jeder vierte Azubi wirft das Handtuch. Überdurchschnittlich oft brechen Restaurantfachleute (48 %), Bäcker/innen (35 %) und Klempner/innen (33 %) die Lehre ab.³

An Mahnungen aus der Wissenschaft mangelt es nicht. So schreibt der Sozialpädagoge Albert Wunsch: „Da der verwöhnte Mensch in der Kindheit die falsche Information bekommen hat, dass sich alles im Leben um ihn dreht, hat er diese Meinung auch noch als Erwachsener.“⁴

Der Pädagoge Josef Kraus formuliert: „Erziehen kann nicht in einer Gefälligkeits- bzw. in einer angestregten Erleichterungspädagogik bestehen. ... Alles dürfen und nichts zu sollen, das geht nicht gut. ... Wir brauchen eine Renaissance

der Prinzipien Arbeit und Leistung.“⁵ Ein Mann aus der Praxis, der langjährige IHK-Geschäftsführer Wilhelm Siebers, wird in der FAZ mit den Worten zitiert: „Die Lehrer müssen auch überprüfen und korrigieren, was sie unterrichten. Man hilft den jungen Leuten nicht, wenn man alles durchgehen lässt. Spätestens bei der Bewerbung laufen sie damit auf.“⁶

Um nicht missverstanden zu werden: Die Zeiten des „Gelobt sei, was hart macht wie Kruppstahl!“ und des autoritären Erziehens bei absolutem Gehorsam sind zum Glück Vergangenheit. „Erziehen ist zugleich führen und wachsen lassen, eingreifen und geschehen lassen, binden und befreien. Jede einseitige ... Betonung eines dieser beiden Pole ist falsch.“⁷



¹ vgl. Brigitta von Lehn, *Abitur? Na und!*, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 20.10.2012, Nr. 245, S. C1

² 4. Nationaler Bildungsbericht 2012, Tab. F3-1A • ³ Veröffentlichung des DGB-Bundesvorstandes vom 25.4.2012

⁴ Albert Wunsch, *Die Verwöhnungsfalle*, München 2003, S. 135 • ⁵ Josef Kraus, *Ist die Bildung noch zu retten?*, Freiburg 2009, S. 195

⁶ FAZ, 20.10.2012, Nr. 245, S. C1 • ⁷ Josef Kraus, a.a.O., S. 193 f

le Informationen zu allen Ausstellungen. Den Newsletter kann man hier abonnieren: www.rem-mannheim.de/newsletter.html. Derzeit wird mit Hochdruck an den großen Sonderausstellungen für das Jahr 2013 gearbeitet. „Die Medici. Menschen, Macht und Leidenschaft“ sowie „Die Wittelsbacher am Rhein. Die Kurpfalz und Europa.“ Näheres ist unter www.medicis2013.de bzw. unter www.wittelsbacher2013.de zu finden. Selbstverständlich wird der VDR auch wieder je einen Besuch der beiden Sonderausstellungen „Die Medici“ (17. Februar bis 28. Juli 2013) und „Die Wittelsbacher“ (8. September 2013

bis 2. März 2014) anbieten. Karin Brugger ist unter karin.brugger@mannheim.de zu erreichen.

Die Möglichkeiten, das Reiss-Engelhorn-Museum als außerschulischen Lernort zu nutzen, soll interessierten Kolleginnen und Kollegen bei einer gemeinsamen Veranstaltung VDR – rem im Februar im Museum aufgezeigt werden.



Gudrun Deck
deck.gudrun@vdr-rlp.de



Grenzen von Kompetenzen?

Anmerkungen zum aktuellen Mainstream in der politischen Bildung

In der „Nach-Pisa-Ära“ haben allgemeine fächerübergreifende Ansätze eine starke Dominanz gewonnen. Sie fungieren für ein breites Fächerspektrum im Sinne von Prämissen und Vorgaben, verstärkt durch schulpolitische Zielsetzungen zur Aufbesserung bisher unbefriedigender PISA-Resultate. Die Schlüsselbegriffe sind in der Schulpädagogik allgegenwärtig: Kompetenzen, Bildungsstandards, Output-Orientierung, interne und externe Evaluation, Qualitätsentwicklung. Das gilt auch für die schulische politische Bildung. Es ist jedoch nicht nur reizvoll, sondern auch unabdingbar, „fachdidaktische Gegenproben“ vorzunehmen, denen durchaus in Details eine Korrektivfunktion zukommen kann.

Dafür sollen – allerdings aus Platzgründen nur bruchstück- und thesenhaft – einige Einzelelemente von drei zentralen didaktischen Konzeptionen für die politische Bildung im deutschsprachigen

erlernbaren kognitiven Fähigkeiten und Fertigkeiten, um bestimmte Probleme zu lösen, sowie die damit verbundenen motivationalen, volitionalen und sozialen Bereitschaften und Fähigkeiten, um die Problemlösungen in variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können.“⁴⁾ Alle drei hier anstehenden Modelle konzentrieren sich übereinstimmend auf vier Kernkompetenzen in nur leicht variierender Begrifflichkeit, nämlich auf 1. Fachkompetenz („konzeptuelles Deutungswissen“, GPJE), 2. Urteils-, 3. Handlungs- und 4. Methodenkompetenz, methodische Fähigkeiten, wobei das Additum „politisch“ und „politikbezogen“ das Fachspezifische hervorheben möchte, ohne ganz erhebliche fächerübergreifende Zusammenhänge zu übersehen.

Raum herangezogen werden, nämlich das aus Österreich stammende „Kompetenz-Strukturmodell“¹⁾ und der deutsche Entwurf der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) für „Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der politischen Bildung an Schulen“²⁾ und ein in der Publikation „Politik und Demokratie – leben und lernen. Konzepte – Politische Bildung systematisch“³⁾ veröffentlichtes Schweizer Modell.

Dabei stößt man bei diesen drei Modellen trotz einiger Spezifika auf ein hohes Maß an Gemeinsamkeiten, dass man geneigt ist, das Ganze als einen weitreichenden länderübergreifenden Konsens einzustufen.

Ein großer Verdienst dieser Kategorisierung besteht darin, dass ein unterrichtlicher Rückzug auf bloße politische Inhalte und eine einseitig dominante Lehrerrolle damit nicht möglich, sondern dass alle vier Kompetenzbereiche in interdependenten Zusammenhängen zu berücksichtigen sind. Und in die angeführten drei didaktischen Modelle werden die Essentials der fachdidaktischen Diskussion in ebenso beeindruckender wie konzentrierter Weise gebündelt und strukturiert.

1. Kompetenzen und Überprüfbarkeit

Am Anfang steht auch in der politischen Bildung der häufig zitierte Kompetenzbegriff von Franz Emanuel Weinert. Kompetenz bezeichnet danach, „die bei Individuen verfügbaren oder durch sie



Zur Person

Wolfgang Redwanz war 22 Jahre lang als Realschullehrer, Fachleiter für Sozialkunde am Studienseminar für das Lehramt an Realschulen und Schulleiter der Clemens-Brentano-Realschule in Koblenz tätig.

1990 wechselte er als Leiter der Schulaufsicht an die damalige Bezirksregierung Koblenz. Ab dem Jahr 2000 war er stellvertretender Leiter der Schulabteilung der ADD und Leiter der Außenstelle Schulaufsicht in Koblenz.

Der Sozialkundeunterricht wie auch die politische Bildung waren Wolfgang Redwanz während seiner gesamten Diensttätigkeit Herzensanliegen. Er war ständiger Mitarbeiter bei Projekten der Bundeszentrale für politische Bildung, so beim Schülerwettbewerb zur politischen Bildung, als Fachreferent bei zahlreichen Veranstaltungen und Autor mehrerer „Zeitlupen-Ausgaben“ und der Schüler- und Lehrerhefte „basta – nein zur Gewalt“ des Bundesinnenministeriums. Nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst im Jahre 2009 ist Wolfgang Redwanz als Lehrbeauftragter im Fachbereich Politikwissenschaften der Universität Landau-Koblenz in der Lehrerbildung tätig.



VDR-Fortbildung für Schulpersonalräte des Bezirksverbandes Neustadt

Im Mittelpunkt: Dienstrecht und Lehrgesundheit



Neuerungen im allgemeinen und finanziellen Dienstrecht sowie im Personalvertretungsrecht standen auf dem Vormittagsprogramm der Oktober-Veranstaltung des VDR Bezirksverbandes Neustadt im Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen. Martin Radigk informierte über die Dienstrechtreform und die Novellierung des Personalvertretungsrechts. Wolfgang Wünschel beantwortete allgemeine Fragen der Teilnehmer zur Personalratsarbeit in den Schulen.

Nach der Mittagspause stellte Prof. Dirk-Matthias Rose mit zwei Mitarbeitern, Dipl. Psych. Dr. Sarah Dudenhöffer und Dipl. Ing. Klaus Schöne, das Mainzer Institut für Lehrgesundheit vor. Die Moderation der gut besuchten Veranstaltung lag in Händen des VDR-Geschäftsführers Martin Radigk.

Reform des finanziellen Dienstrechts



Nach der Föderalismusreform hat der Bund durch das Beamtenstatusgesetz von 2009 den rechtlichen Rahmen für den Status der Beamten in Ländern, Kommunen und Körperschaften öffentlichen Rechts festgeschrieben. Auf dieser Rechtsgrundlage kam es zur Novellierung des Landesbeamtengesetzes für Rheinland-Pfalz,



das in seiner Gänze zum 1. Juli 2012 in Kraft getreten ist. Die Auswirkungen der Reform des finanziellen Dienstrechts durch die Novellierungen von Landesbeamtenbesoldungs- und Landesbeamtenversorgungsgesetz wurden verdeutlicht. Beispiel: Von den jetzt noch gültigen Dienstaltersstufen wird auf Erfahrungsstufen umgestellt. Von Seiten der Verbände und des dbb werden Verbesserungen bei der Anrechnung von Erfahrungszeiten eingefordert, besonders die Anrechnung von Zeiten im Beamtenverhältnis auf Widerruf. Es kann nicht sein, dass Lehramtsanwärter von Beginn an eigenverantwortlichen Unterricht leisten, diese Zeiten aber nicht bei der Einstufung in Erfahrungszeiten angerechnet werden sollen.

Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes

Das novellierte und am 1. Juli 2012 in Kraft getretene Personalvertretungsgesetz führte in einzelnen Punkten zu einer Ausweitung und Stärkung der Rechte der Personalvertretungen. Anhand ausgewählter Paragraphen wurden die Änderungen des Gesetzestextes untersucht und auf deren Relevanz für die Arbeit örtlicher Personalräte hin überprüft.

Aus der Arbeit des Instituts für Lehrgesundheit (IfL)

Prof. Rose umriss die Aufgabenstellung des IfL, das dem Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Universitätsmedizin Mainz angegliedert ist.



Prof. Dirk-Matthias Rose, Tagungsleiter Martin Radigk, Klaus Schöne und Dr. Sarah Dudenhöffer

Foto: VDR

Die Aufgaben des Instituts für Lehrgesundheit bestehen in der arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Betreuung der staatlichen Lehrkräfte, pädagogischen Fachkräfte und anderen Beschäftigten im Schuldienst des Landes Rheinland-Pfalz sowie in der Forschung zur Lehrgesundheit.

Ziel der Arbeit des IfL ist es, Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte dabei zu unterstützen, Belastungen abzubauen und Ressourcen aufzubauen. Durch ein ausgewogenes Verhältnis von Belastungen und Ressourcen werden Fehlbeanspruchungen vermieden und die Gesundheit gefördert.

Kompletten Artikel online lesen:
www.vdr-rlp.de

Martin Radigk
radigk.martin@vdr-rlp.de

VDR-Personalräteschulung der Bezirksverbände Koblenz und Trier

Im Mittelpunkt: Dienstrecht und Personalaktenrecht



Über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten sich im Schlosshotel Petry in Treis-Karden eingefunden.

Das „neue“ Dienstrecht und das Personalaktenrecht waren die Schwerpunktthemen der gemeinsamen Personalräteschulung der Bezirksverbände Koblenz und Trier. Die beiden Bezirksvorsitzenden Timo Lichtenthäler und Erwin Schneider zeigten sich erfreut über den großen Zuspruch, den die VDR-Schulung fand.

Als Hauptreferent hatte Hanns Peters, VDR-Referent für die Personalratsarbeit, Ministerialrat Klaus Kessler aus dem Ministerium des Inneren, Sport und Infrastruktur (MISI) gewinnen können. Beide Schwerpunktthemenbereiche wurden von ihm informativ, kurzweilig und auch umfänglich dargeboten.

In seiner Darstellung gab Klaus Kessler zunächst einen kurzen Überblick über wesentliche Neuerungen des rheinland-pfälzischen Dienstrechts. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen hierzu standen die wichtigen Änderungen im Landesbeamtengesetz, im Landesbesoldungs- und im Laufbahnrecht.

tersteilzeit besteht nur noch für Lehrkräfte oder in Stellenabbaubereichen.)

- Verlängerung der Höchstdauer bei Beurlaubung aus familiären Gründen von 12 auf 15 Jahre
- Verändertes Personalaktenrecht (Vollständige elektronische Aktenführung ist zulässig.)

Einsichtsrecht in die Personalakten wahrnehmen

In seinem Grundsatzreferat zum Personalaktenrecht informierte Klaus Kessler die örtlichen Personalräte über die Rechtsgrundlagen der Personalaktenführung. Er gab einen detaillierten Überblick über den Inhalt der Personalakten, die Zulässigkeit von Grund- und Teilakten sowie Nebenakten und die Pflichten der personalaktenführenden Stellen und wies darauf hin, dass Lehrkräfte ein uneingeschränktes Einsichtsrecht in die Personalakte und damit auch in die bei den Schulen geführten Teilakten hätten.

Informationen zu aktuellen Themen

Am Nachmittag stellten Timo Lichtenthäler, Wilfried Rausch, Erwin Schneider, Wolfgang Seebach und Hanns Peters in ihren Kurzbeiträgen die Auswirkungen des Klemm-Gutachtens auf die Schulen, die veränderte Lehrkräftearbeitszeitverordnung, die Novellierung der Verwaltungsvorschrift zu den pädagogischen Fachkräften dar. Weiteren Raum nahmen Informationen zu den im kommenden Jahr wieder anstehenden Wahlen der örtlichen Personalräte und der Stufenvertretungen ein. Zur Unterstützung der Wahlvorstände vor Ort wird der VDR im kommenden Frühjahr wieder Wahlvorstandsschulungen anbieten.

Fazit der Schulung

Eine gelungene Veranstaltung mit einem hohen verwertbaren Inhalt!



(Bild links:) Klaus Kessler: langjährige Erfahrung als Personalreferent im Innenministerium (Bild rechts:) VDR-Referenten: immer ansprechbar.



Zentral in jeder VDR-Schulung: Beantwortung von Fragen aus dem Schulalltag

Wichtige Änderungen im Landesbeamtengesetz (LBG)

- Wegfall des Beamtenverhältnisses zur Anstellung „z. A.“ (Die erste Beförderung ist somit ein Jahr nach Ende der Probezeit möglich, nicht mehr ein Jahr nach der Anstellung.)
- Wegfall/Änderung der Altersgrenzen (Die Altersgrenze bei der Verbeamtung auf Lebenszeit (früher 27 Jahre) ist entfallen und die Altersgrenze, bis zu der eine Verbeamtung erfolgen kann, auf 45 Jahre heraufgesetzt worden.)
- Veränderte Regelungen zur Altersteilzeit (Möglichkeit der Al-



Hanns Peters
peters.hanns@vdr-rlp.de



Bezirk Neustadt

91. Geburtstag Peter Nußbaum	16. Dezember
85. Geburtstag Walter Kallenbach Inge Pieroth	25. Dezember 19. Oktober
83. Geburtstag Wolfgang Panzer	16. Oktober
82. Geburtstag Günther Kohl	22. Oktober
79. Geburtstag Rudolfine Zehetner	21. Dezember
78. Geburtstag Johannes Hoffmann	11. Oktober
77. Geburtstag Heribert Brechter Reinhold Glock Herbert Grunwald	4. November 2. Dezember 29. Oktober
74. Geburtstag Klaus Kiefer Oskar Francke	4. Dezember 21. Dezember
71. Geburtstag Erika Ellrodt Hildegard Lee	25. Oktober 3. November
70. Geburtstag Christel Greiner Ulrike Reuter-Schneider Irmela Schamp Ingrid Gärtner Walter Frank Rita Alterauge-Asmuth	28. November 8. Dezember 8. Oktober 11. Oktober 23. Oktober 23. Oktober

Bezirk Koblenz

84. Geburtstag Luise Löwer	25. Oktober
76. Geburtstag Luise Tonn Klaus-Peter Wyrwoll	26. November 27. November
75. Geburtstag Edwin Langer Günter Tretschok	2. Oktober 14. Dezember
73. Geburtstag Jürgen Helbach	15. Oktober
71. Geburtstag Wolfgang Kaiser Hanns-Jürgen Meurer	30. November 27. Oktober
70. Geburtstag Rolf Monnerjahn Ingrid Seume Winfried Schley Ernst Schäfer Renate Schulze	28. Oktober 3. Oktober 11. Dezember 10. November 8. November

Bezirk Trier

97. Geburtstag Karl Denk	18. Dezember
84. Geburtstag Horst Faust	26. November
79. Geburtstag Irmund Becker Bernhard Heisig	30. Oktober 3. November
76. Geburtstag Eduard Gerten	13. Oktober
75. Geburtstag Berthold Becker Gerd Leibenguth	14. Dezember 22. Oktober
74. Geburtstag Heinz-Albrecht Becker Hans Jung	16. Dezember 28. Oktober
73. Geburtstag Paul Schwab	1. Oktober
72. Geburtstag Friedel-Norbert Müller Hans-Jürgen Vogt	20. November 21. Dezember

Haben wir jemanden vergessen? Bitte entschuldigen Sie unser Versehen – wir sind dankbar für Ihren Hinweis.

Nachruf Paul Bernsdorf †



Paul Bernsdorf, geboren 1916 in Westpreußen, gehörte zu einer Generation, die in jungen Jahren durch Erziehung und Werteorientierung im christlichen Glauben, aber auch wesentlich durch die Erfahrungen eines furchtbaren Krieges geprägt wurde.

Während seines Militärdienstes kam er kurz nach Mainz, wo er seine Frau kennenlernte und 1943 heiratete. Gleich darauf wurde er wieder viele Jahre von ihr getrennt. Nach der Rückkehr aus russischer Gefangenschaft kam Paul Bernsdorf im November des Jahres 1949 nach Mainz. Nur wenige Jahre vor Kriegsbeginn hatte er sein Abitur in Potsdam und 1937 seine erste Lehrprü-

fung in Lauenburg in Pommern abgelegt.

Wesentlich beteiligt am Realschulenaufbau

In den Jahren des Aufbaus nach dem Kriegsende gab es in dem noch jungen Bundesland Rheinland-Pfalz erheblichen Lehrermangel und Paul Bernsdorf wurde – dank seiner guten und anerkannten Zeugnisse – nach wenigen Monaten in Mainz in den Schuldienst des Landes übernommen. Er wurde Lehrer an der Volksschule Gonsenheim. Es folgten entscheidende Jahre der Entwicklung und des Aufbaus der Schulart Realschule. Paul Bernsdorf war als Mann der ersten Stunde an der Erfolgsgeschichte unserer Schulart wesentlich beteiligt. Zunächst legte er nach einem Studium der Fächer Mathematik, Physik und Chemie im Jahre 1954 die Realschullehrerprüfung ab und erwarb damit die Lehrbefähigung für den Einsatz an den Mainzer E-Klassen. Das waren Volksschulklassen mit erweiterten Lernangeboten, die zum Realschulabschluss geführt wurden. Im Jahre 1962 wurden die Mainzer E-Klassen dann in der neu gegründeten Anne-Frank-

Realschule zusammengeführt und Paul Bernsdorf zum Konrektor dieser Schule ernannt. Seine Kollegialität und Hilfsbereitschaft zeichneten ihn aus. In dieser Zeit nahm die Attraktivität des Realschulabschlusses ständig zu. Die E-Klassen der Stadt Mainz konnten nicht alle in einem Gebäude zusammengelegt werden. Im Jahre 1964 wurde Paul Bernsdorf Direktor der zweiten Mainzer Realschule, die 1968 in ein eigenes Gebäude in Mainz-Gonsenheim einzog und den Namen des französischen Widerstandskämpfers Kanonikus Kir aus Dijon erhielt. Bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand (1978) war Paul Bernsdorf aktiver Leiter und Gestalter dieser Schule.

Für die Erwachsenenbildung eingesetzt

Als Leiter der Volkshochschulkurse zur Vorbereitung auf den Realschulabschluss für berufstätige Erwachsene blieb er der Schulart Realschule bis zum Jahre 1987 weiter aktiv verbunden. So konnte der ansteigenden Nachfrage nach einem mittleren Bildungsabschluss in der Berufswelt und der Gesellschaft entsprochen werden.

Hoch geschätzter VDR-Kollege

Als VDR-Mitglied war er bei vielen älteren Kolleginnen und Kollegen, die ihn persönlich kannten, ein geschätzter Gesprächspartner. Er verstand es zuzuhören, Impulse zu geben und seine Meinung zu begründen. Dabei überzeugte er durch seine ruhige und freundliche Ausstrahlung. Als ich ihn am Rande einer Informationsveranstaltung, kurz vor der Einführung der „Realschule plus“, im Mainzer Rathaus traf, war er um die Zukunft der Mainzer Realschulen sehr besorgt. Im Gespräch mit dem damals schon über 90-Jährigen waren immer noch das Interesse und die Anteilnahme an der Entwicklung seiner Mainzer Realschullandschaft spürbar.

Am 6. September 2012 verstarb Paul Bernsdorf im hohen Alter von 96 Jahren. Der Verband Deutscher Realschullehrer wird Paul Bernsdorf ein ehrendes Gedenken bewahren.



Erwin Steilen
steilen.erwin@vdr-rlp.de

Abschied von einer lieben Kollegin †

Am 29. Oktober 2012 verstarb unsere Kollegin und langjähriges VDR-Mitglied Astrid Stark plötzlich und unerwartet. Astrid Stark wurde 58 Jahre alt.

Sie war im Kollegium der Albert-Schweitzer-Realschule plus in Mayen eine anerkannte Kollegin, die dort seit 1981 die Fächer Französisch und Erdkunde sowie das Wahl-

pflichtfach Familienhauswesen unterrichtete.

In den letzten Jahren hatte sie die Koordination für die Ausbildung der Lehramtsanwärter übernommen und die jungen Kolleginnen und Kollegen in der zweiten Ausbildungsphase begleitet.

Ihre besonnene Art und ihre vielfältigen Kompetenzen

machten sie zu einer vertrauensvollen Ansprechpartnerin. Astrid Stark hat sich neben der schulischen Arbeit auch für die Verbandsarbeit interessiert und den Verband durch ihre Teilnahme an den Bezirksversammlungen in Koblenz sowie an den Landeshauptversammlungen unterstützt. Am 14. Dezember 2002 ist sie dem Aufruf gefolgt, in Berlin

an der großen dbb-Demonstration mit der VDR-Delegation teilzunehmen.

Für diese Unterstützung waren und sind wir sehr dankbar. Der VDR trauert um Astrid Stark.



Margit Lenarz
lenarz.margit@vdr-rlp.de

Beitrittserklärung

Verband Deutscher Realschullehrer
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Schulen im Sekundarbereich
Schatzmeister Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12/9 65 73 31
E-Mail: schatzmeister@vdr-rlp.de

Name	Vorname	Geb.-Datum	E-Mail
Straße	PLZ und Wohnort	Telefon/Fax/Mobil-Nr.	
Dienstbezeichnung	Schule/Dienststelle	Prüfungsfächer	

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A16 A15 A14 A13 A12 TV-L ...
- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden
- Ich bin Lehramtsanwärter/in Mein/e Ehepartner/in ist bereits VDR-Mitglied

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VDR Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum 1. 20..... erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der Beitragsordnung vom 3. November 2009. Gleichzeitig gebe ich dem Landeskassierer widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Mit der Speicherung meiner o. g. Daten ausschließlich für VDR-interne Zwecke bin ich einverstanden.

Bankleitzahl	Name der Bank	Kontonummer
Ort	Datum	Unterschrift

VDR-Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55 % vom Bruttobetrag festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

Ab 1. April 2010 gilt folgende Beitragsstaffelung:

	Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
Beamte	A 16		15,50
	A 15		14,50
	A 14		13,-
	A 13		12,-
	A 12	oder darunter	11,-
	A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,-
	A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	9,-
	A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	8,-
	Lehramtsanwärter		3,-
	Pensionäre		6,-
	Ehegatten	bei einem Vollzahler zahlt der Ehegatte:	6,-
Angestellte	TV-L	Vollbeschäftigung	10,-
	TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	8,-
	TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	7,-
	Rentner		6,-

Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15 - 21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.

Ehegatten, Beurlaubte, Pensionäre, LAA

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13. Dieser Beitrag gilt auch für Ehepaare bei Mitgliedschaft beider Ehepaare (ein Vollzahler + 6 €).

Lehramtsanwärter-Spezial

Durch Beschluss des Geschäftsführenden Landesvorstandes vom 19. Mai 2011 wurde der Beitrag für Lehramtsanwärter bei Eintritt ab 1. Februar 2012 auf den ermäßigten Beitragssatz von 3,- € festgelegt.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.




 KlarText!

In dieser KlarText-Kolumne richte ich das Wort vor allem an die Kolleginnen und Kollegen, um deutlich zu machen, warum der Beamten-Status die Teilnahme von beamteten Lehrern an Streikmaßnahmen ausschließt und warum der VDR für den Beamten-Status der Lehrer eintritt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

In diesem Jahr ist wieder einmal ein Streit über den Beamtenstatus der Lehrer entbrannt. Mit Blick auf die in den nächsten Jahren auf die Bundesländer zukommende Pensionslawine der Beamten und die damit einhergehenden Belastungen der Länderhaushalte wird die Diskussion vor allem aus finanzpolitischen Gründen an Dynamik gewinnen.

Kritiker des Beamten-Status für Lehrer führen immer wieder an, dass Lehrer im Sinne des Grundgesetzartikels 33 Absatz 4 keine hoheitlichen Aufgaben erfüllen. Das sehen wir anders. Im Schulwesen nimmt der Lehrer in erheblichem Maße hoheitliche Aufgaben wahr: er erteilt Noten, wirkt bei Versetzungsentscheidungen mit, ist entscheidend an der Zuerkennung von Schulabschlüssen beteiligt und ahndet Verstöße gegen die Ordnung der Schule. Der Lehrer greift demnach entscheidend in die Persönlichkeitsentwicklung der ihm anvertrauten jungen Menschen ein.

Der Beamtenstatus beinhaltet ein Streikverbot, das im Grundgesetz in der Treupflicht des Beamten verankert ist. Die Forderung nach einem Streikrecht für beamtete Lehrkräfte wird aktuell als Hebel genutzt, um am Beamtenstatus für Lehrkräfte zu rütteln.

Der Europäische Gerichtshof hat ein Streikverbot als unvereinbar mit dem Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention erklärt. Das hat zu Irritationen geführt. In Anlehnung

an die Europäische Rechtsprechung sind beamtete Lehrer in der vergangenen Tarifrunde Streikaufrufen ihrer Gewerkschaft gefolgt und haben sich an Streikmaßnahmen beteiligt. Die Teilnahme an Streiks hatte wiederum zur Folge, dass die Schulbehörden auf der Grundlage des jeweiligen Landesbeamtengesetzes Disziplinarmaßnahmen verfügt haben.

Das Oberverwaltungsgericht Münster arbeitete allerdings im Rahmen einer Berufungsentscheidung – eine verbeamtete Lehrerin, die einem gewerkschaftlichen Streikaufruf gefolgt war, klagte gegen eine daraufhin erfolgte Disziplinarmaßnahme – in der Urteilsbegründung klar heraus, dass das Grundgesetz höherrangiger als die Europäische Menschenrechtskonvention sei. Als Beamter hat der Lehrer also kein Arbeitskampfrecht und folglich kein Streikrecht.

KlarText: Die Forderung nach einem Streikrecht für Lehrkräfte gefährdet den Beamtenstatus. Die Zeche würde wieder einmal der pädagogische Nachwuchs zahlen müssen, der dann keine Verbeamtung mehr erwarten dürfte. Damit würden die pädagogische Freiheit der Lehrerinnen und Lehrer sowie die Attraktivität des Lehrerberufs weiter geschmälert. Wer das Streikrecht für Lehrer fordert, sollte so ehrlich sein, auch auf die möglichen Konsequenzen für junge Kolleginnen und Kollegen hinzuweisen.

Freundliche Grüße,


 Siegfried Rausch

Das Leben ist nicht immer planbar. Eine Pflegeversicherung schon.



Die DEUTSCHE PRIVAT PFLEGE bietet für Pflegebedürftigkeit die ideale Lösung. Passgenau und flexibel.

- Ohne Gesundheitsfragen
- Ohne Altersbegrenzung
- Ohne Kostennachweis
- Für alle Pflegestufen
- Mit 24-Stunden-Pflegeplatzgarantie

Wir versichern den Öffentlichen Dienst!

Schon ab **6 EUR*** Monat erhalten Sie einen monatlichen Erstattungsbetrag von **1.500 EUR.**

*Beispiel (Mann, 55 Jahre alt): DEUTSCHE PRIVAT PFLEGE bei Pflegestufe III (stationär)



Partner des



Wir beraten Sie gerne:
Telefon: 089/5152 2354 oder
verbaende@muenchener-verein.de

mV MÜNCHENER VEREIN
VERSICHERUNGSGRUPPE

Der Generationen-Versicherer



Verband Deutscher Realschullehrer
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

VDR-Handbuch

Schulgesetz

Dienst- und Konferenzordnung

Schulordnung

Landespersonalvertretungsgesetz

... und demnächst:

Notizblöcke

USB-Sticks

Haftzettel

Kugelschreiber

Aufkleber

und mehr ...



Der VDR- **ONLINESHOP** ist da.

Klicken Sie sich rein: www.vdr-rlp.de

